

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz).**  
Freitag  
der  
Weltbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Vorforderungen  
franko gegen franks  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz fallen  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

**Abonnements**  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
vierteljährlichen Preis von  
Fr. 2 — für die Schweiz (Reichsbank)  
Fr. 3 — für Deutschland (Reichsbank)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kronw.)  
Fr. 2.00 für alle übrigen Länder des  
Mitteleuropas (Reichsbank).  
**Insertate**  
die dreizehntägige Zeitdauer  
25 Bl. — 20 Fr.

**Nr. 24**

**Donnerstag, 12. Juni**

**1884**

**Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“**  
als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressiren, indem es möglich an irgend eine unüberwachte  
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs werden, welche es dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß  
aus uns inhaltlich unrichtige Postadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter  
Sicherheit Refommanbrüche. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weiter Mühe und Kosten sparen um trotz aller entgegen-  
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Das Geheimniß ausgeplaudert.

Das „Leipziger Tageblatt“, ein Bourgeoisblatt wie es im Buche steht, bringt in seiner Nummer vom 31. Mai eine, aus der bekannten parlamentarischen Quelle stammende Berliner Korrespondenz, deren Schlüsselpunkt wie folgt lautet:  
„Obgleich also der Reichstag Aussicht hat, noch ungefähr zwei Monate zu eifriger Arbeit versammelt zu bleiben, werden doch in Berlin bereits eifrig die Vorbereitungen für die Neuwahlen betrieben.“  
Allen Parteien voran zeigen sich hier die Sozialdemokraten von besonderer Thätigkeit, welche dem Sozialistengesetz zum Trost in einer vorzüglich organisirten Weise auftreten. Haben sie schon im vergangenen Herbst bei Gelegenheit der Stadtverordneten-Neuwahlen alle Welt überrascht, so haben sie — immer noch als „Arbeiterpartei“ — zumal sie in den seitdem gewählten Stadtverordneten Götzl, Singer, Ewald, Lühauer anerkannte „Führer“ besitzen, sich in der Gründung von Bezirksvereinen, Komitees u. noch vervollkommen, und kein Tag vergeht, an dem nicht einer dieser Herren das Bedürfnis empfindet, über seine „Thätigkeit als Stadtverordneter“ öffentlichen Bericht zu erstatten, bald im Süden, bald im Norden, und der Sonntagabend und Sonntag bringen immer gleichzeitig mehrere derartige „Volksversammlungen“ mit sich.  
Die Herren haben — wie nicht anders zu erwarten — in dem Stadtverordnetenkollegium gar nichts geleistet und ihre großen „Reden“ und Dramatistaden auch gar bald als zwecklos erkannt. Da sie alle eben immer nur „die eine“ Rede halten, welche sie auf Lager haben, so war der Vortrath erklärlicher Weise bald auf die Reize gegangen. Um so größer aber das Bedürfnis, die bekannten Schlagworte in anderen öffentlichen Versammlungen an den Mann zu bringen. Die Sozialdemokraten haben jetzt in Berlin auch zwei „Organe“ (?), und wenn sich auch die Herren — der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — hier viel ruhiger und sachlicher zeigen, als vor dem 21. Oktober 1878, so haben sie doch diesen Blättern bereits eine ziemliche Verbreitung zu schaffen verstanden. In Konkurrenz mit den Sozialdemokraten treten neuerdings wieder die „Christlich-Sozialen“.  
Diese haben allerdings nicht vermocht, ein täglich erscheinendes Blatt sich zu erhalten, verschiedene derartige Versuche sind mißglückt, und das zeigt wohl am besten, daß trotz allen Lärms es Herrn Stöcker nicht gelungen ist, sich in Berlin einen nennenswerthen Anhang zu schaffen. Sie versuchen nun neuerdings durch Lärm die Aufmerksamkeit der Massen zu erregen, und Herr Gremer leistet in Bezug auf Provokationen hier alles nur Mögliche.  
Die Herren spielen sich nun zugleich, um mehr Anhang zu gewinnen, als Konservative auf und erdreisten sich sogar, den Nationalliberalen die Cour zu machen. Wir brauchen wohl nicht erst zu versichern, daß von einer Segenliebe nicht die Rede ist, aber den Leuten gegenüber ist auch das Schweigen nicht am Platze, da sie nur zu bereit, erst daraus die für sie günstigsten Schlüsse zu ziehen.  
Die Feiertagswoche hat durch diese voreiligen Wahlagitationen eine recht unheimliche Stimmung bereits hervorgerufen, und doch haben wir erst einen Vorgeschmack vom Herbst. Wenn erst die „Freisinnigen“ auf den Plan treten und deren Agitatoren mit denen der Sozialdemokraten und den Mannen Stöcker's wetteifern, dann ist der Skandal über jede Schilderung erhaben.  
Gottlob, daß wir das Sozialistengesetz haben, wäre es nicht da, so müßte es jetzt erlassen werden.  
Den Segen davon freilich empfinden nicht nur wir, sondern eben — und im tiefsten Innern voll Dankbarkeit — die „mannhaften Freisinnigen“, welche dazwischen gestimmt haben.“  
So das Bourgeoisorgan, wie es im Buche steht: „Gottlob, daß wir das Sozialistengesetz haben; wäre es nicht da, so müßte es jetzt erlassen werden.“  
Hat etwa ein Sozialistenkrawall stattgefunden? Haben wir ein Attentat gehabt? Ist es irgendwo zu Exzessen gekommen, an denen die Sozialdemokraten schuld sind?  
Nein. Nichts von alledem. Das Bourgeoisblatt, wie es im Buche steht, läßt nicht einmal den Sozialisten irgendein Verbrechen, oder verbrecherische Absichten an, um diesen Jubelruf zu Ehren des Sozialistengesetzes zu rechtfertigen.  
Das Einzige, was es den Sozialdemokraten vorwirft, ist, daß sie „eifrig die Vorbereitungen für die Neuwahlen betreiben“ und „in einer vorzüglich organisirten Weise auftreten“.

Diese Wahlvorbereitungen der Sozialdemokraten und diese vorzügliche Organisation der Sozialdemokraten — das sind die einzigen Gründe, welche das Bourgeoisblatt, wie es im Buche steht, zu dem Hymnus auf das Sozialistengesetz veranlassen.  
„Gottlob, daß wir das Sozialistengesetz haben; wäre es nicht da; so müßte es jetzt erlassen werden.“  
Jetzt erlassen — obgleich keine Krawalle, keine Attentate, keine Exzesse vorliegen, die den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben werden könnten.  
In nächsterem Deutsch übersetzt, bedeutet dieser Ausruf des Leipziger Tageblattes:  
„Wir brauchen das Sozialistengesetz, um die Bourgeoisie vor der agitatorisch-propagandistischen Thätigkeit der Sozialdemokratie zu schützen, mit der wir ohne Ausnahmegesetz und Polizeimittel nicht fertig zu werden im Stande sind. Wir sind so tief gesunken, und die ganze sozialpolitische Entwicklung der Gegenwart spricht und wirkt so mächtig zu Gunsten der Sozialdemokratie, daß dieselbe nur noch durch die brutale Gewalt niederzuhalten ist, nur noch durch die brutale Gewalt unsere morsche faule Staats- und Gesellschaftsordnung vor dem Zusammenbruch bewahrt werden kann.“  
Und weiter bedeutet dieser Ausruf des „Leipziger Tageblattes“, daß das Sozialistengesetz auch ohne die Attentate des Jahres 1878 gekommen wäre.  
Wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, der mußte das freilich von Anfang an wissen; und unsere Abgeordneten haben auch bei jeder Gelegenheit im Reichstage erklärt, daß die „Attentate“ von 1878 bloß der Vorwand zum Erlaß des Sozialistengesetzes waren.  
„Gottlob, daß wir das Sozialistengesetz haben; wäre es nicht da, so müßte es jetzt erlassen werden.“  
Damit ist die Situation richtig gekennzeichnet, das Geheimniß des Sozialistengesetzes ausgeplaudert.  
Die Bourgeoisie braucht das Sozialistengesetz. Und je stärker unsere Partei wird, desto mehr wird die Bourgeoisie das Sozialistengesetz brauchen. Je besser unsere Organisation, je größer unsere Erfolge bei den Wahlen, desto nöthiger hat die Bourgeoisie das Sozialistengesetz.  
Die Auslassung des „Leipziger Tageblatt“ hat für uns auch noch infolgedessen Werth, als sie recht handgreiflich zeigt, daß gerade unsere gesetzliche Thätigkeit für unsere Feinde der wahre Grund zum Ausnahmegesetz ist. Das bestätigt, was wir, in Uebereinstimmung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten, hundertmal gesagt haben.  
Und es wird Diejenigen eines Besseren belehren, die in dem Wahne befangen sind, durch „gemäßigtes“, „streng gesetzliches“ Auftreten könnten wir das Sozialistengesetz los werden.  
Das Auftreten der Berliner Genossen, welches dem Leipziger Tageblatt jenen Ausruf entlockt hat, ist so „gemäßig“, so „streng gesetzlich“, wie es gemäßigter und strenger gesetzlich einfach nicht gedacht werden kann.  
Nun — es gibt nur ein Mittel, das Sozialistengesetz auf gesetzlichem Wege los zu werden, falls das überhaupt möglich ist, und das ist:  
unser Feinde zu überzeugen, daß das Sozialistengesetz uns nichts schadet, und daß es für sie selber unangenehme und gefährliche Wirkungen hat.  
Nur wenn unsere Feinde merken, daß sie selber mit dem Sozialistengesetz am Schlimmsten fahren, haben wir Aussicht auf gesetzliche Aufhebung des Sozialistengesetzes.  
Wenn nicht, nicht.

### Mohrenwäsche.

Als Welt spricht in Deutschland von „sozialer Reform“, und nicht zum Wenigsten die, welche jede wirkliche Sozialreform mit allen Mitteln zu hindern entschlossen sind: die Herren Großindustriellen.  
Die Schlaumeier wissen, daß ihr Bufenfreund Bismarck, Papierfabrikant und Sägemüller, ihnen nicht wehe thun wird, daß seine arbeiterfreundlichen Projekte den „nervus rerum“, das Ausbeutungsrecht, die Frage von Arbeitslohn und Arbeitszeit, weislich links liegen lassen.  
Nicht ganz so glücklich sind ihre ökonomischen Brüder. Ihnen ist der Maximalarbeitstag, so schäutern er sich auch präsentir, in die Glieder gefahren. Wie viel taubendur-lieber hätten sie in Oesterreich die Bismarck'sche Sozialreform nachgeahmt! Die „Deutsche Zeitung“ jammert nach Importirung derselben. „Eine arbeiterfreundlichere Gesetzgebung“, schreibt das Wiener Bourgeoisblatt, „als jene, für welche der deutsche Reichskanzler sich einsetzt, ist heute in Europa nicht zu finden.“ Schon spricht er das Schlagwort (sehr richtig, das Schlagwort!) von einem natürlichen „Recht auf Arbeit“, das jedem Menschen zustehe, und wir trauen ihm zu, daß er den Versuch macht, die materielle Inanspruchnahme dieses Rechtes zu kodifiziren. Aber — von einer Einschränkung der Arbeit von Staatswegen hat Fürst Bismarck bisher nichts verstanden lassen.  
Dieses Lob aus solchem Munde ist für die deutsche Sozialreform gewiß bezeichnend.  
Aber ach, Taaffe ist eben kein Bismarck! Er schiebt nicht, er wird geschoben. Und die ihn schieben, sind keine Kardorff und Stumm, sondern Feudalherren, Bauern, Priester und dergleichen Leute, die den Herren von der Industrie gern eins am Zeuge sitzen.  
In dieser Noth nun sind die Letzteren auf den schlaunen Einfall gekommen, den R a c h w e i s zu leisten, daß die Lage der Arbeiter gar

keiner staatlichen Förderung bedarf, daß sie sich vielmehr ohne jede staatliche Dazwischenkunft gegen früher ganz wesentlich gebessert habe — „von selbst“ gebessert habe. Und der „Industrieller Klub“ in Wien setzte sich hin, suchte und fand den Nachweis. Jetzt hat er ihn zu Nutz und Frommen aller ernsthaften Sozialpolitiker bekannt gemacht, und ein Lohnschreiber der österreichischen Großgrundbesitzer, der Handelskammersekretär A. P e e z, theilt ihn dem deutschen Publikum durch das Rundblatt der Münchener „Allgemeinen“ mit.  
„Auf Grund offizieller Daten“, erzählt er uns, „gibt derselbe (der „Klub der Industriellen“) eine Darstellung der durchschnittlichen Löhne der verschiedenen österreichischen Kronländer in den Jahren 1851 bis 1881, also in dreißig Jahren. Danach ist der Tagelohn in Wien (höchster Lohn) von 0,67 auf 1,90 fl. ö. W., und in Bukowina (niedrigerster Lohn) von 0,35 auf 0,55 fl. ö. W. gestiegen. Um nicht zu viele Riffen zu häufen, sei nur hervorgehoben, daß binnen 30 Jahren die Lohnsteigerung betrug: in Oesterreich 104, in Wien 94, in Schlesien 93, Niederösterreich 87, Salzburg 73, Tirol und Vorarlberg 70, Böhmen 69,50, Währen 67, Steiermark 60, Bukowina 57, Kärnten 48, Krain 47 Prozent.“  
Für ganz Oesterreich kann man daher eine Zunahme des Lohnes von durchschnittlich 70 bis 75 Proz. annehmen.  
„Die Lebensmittel sind in Oesterreich zwar nicht, wie in England billiger geworden, aber die Vertheuerung ist im ganzen keine bedeutende und wechselt mit den Jahren; vergleicht man das Jahr 1881 mit dem (wohlfeileren) Jahre 1851, so finden wir eine Zunahme der Preise von Weizen um 14, Roggen um 48,50, Mehl um 17 Proz., während Petroleum um 15 Proz. billiger geworden ist.“  
„Die Wohnungsmieten mögen (!) etwas theurer geworden sein, nämlich um den Betrag der Steuererhöhungen durch Staat, Land und Gemeinde. Die Arbeitszeit ist im ganzen nicht unbedeutend verkürzt worden.“  
„Abgesehen von den obigen offiziellen Daten führt der „Industrieller Klub“ den Nachweis der verbesserten Arbeiterlage auch durch Erhebungen aus einzelnen Fabriken. So sind z. B. in den großen Schafwollwebereien der Herren Johann Liebig u. Co. in Reichenberg in Böhmen die Löhne der Arbeiterinnen (!) von 30 Kr. ö. W. im Jahre 1850 auf 60 Kr. im Jahre 1884 gestiegen, also um 100 Proz. Es verdient demnach die Arbeiterin (!) per 1 Stunde im Jahre 1850 2,30 Kr., im Jahre 1884 dagegen 3,45 Kr., also Zunahme 137 Proz.“  
„Bei Stützeln kommt die Weberei (!) auf 80 Kr. im Tag, was einer Lohnsteigerung um 106,6 Proz. entspricht.“  
„Mit Recht resumirt daher der „Industrieller-Klub“: „Erwägt man den Umstand, daß die Preise der Lebensmittel nicht entfernt in gleichem Verhältnisse stiegen; daß ferner die Arbeit, Dank der vervollkommenen maschinellen Einrichtung, für den Körper minder anstrengend, und, Dank der besseren Bauten, Ventilation u. s. w. gesünder ward; daß endlich im Jahre 1884 die Arbeiter in der erwähnten Fabrik theilhaber einer Reihe wohlthätiger Einrichtungen sind (Krankenspergung mit Zugabe des halben Lohnes, Versorgung im Berunglückungsfall, Fabrikfische, Bezug der Nahrungsmittel zum Anschaffungspreis, Arbeiterwohnungen mit wohlfeilem Zins) — so ist in jener Erhöhung der Löhne eine soziale Thatfache von größter Bedeutung sicher gestellt. Al das Gerüde vom „ehernen Lohngesetz“ erscheint hiernach als willkürlich und der Begründung entbehrend.“  
Eine artige Mohrenwäsche, nicht wahr? Alles Monne, Müll, Zufriedenheit — die soziale Frage ist eine reine Erfindung, es gibt kein Arbeiterelend!  
Die Entdeckung ist so großartig, daß sie verdient, etwas näher ins Auge gefaßt zu werden.  
Also die Löhne sind — laut offiziellen Daten — seit dreißig Jahren um 70 bis 75 Proz. gestiegen. Wir behaupten, diese „offiziellen Daten“ nicht auch zur Hand zu haben; nicht als ob wir an der Richtigkeit der Zahlen zweifeln, wir hätten nur gern die Gruppierung etwas genauer ins Auge gefaßt. Insofern, wir begnügen uns mit dem Gebotenen. Auf Grund dieser enormen Steigerung haben es danach die Arbeiter Oesterreichs zu dem höchsten Durchschnittslohn von 1,80 fl. pro Tag, b. h. 7,80 fl. = 13,20 Mark pro Woche gebracht, und zwar im theuren Wien. Welcher Segen!  
Die Lebensmittel sind aber lange nicht in dem Maße im Preise gestiegen — Beweis die Getreidepreise. Nun, die Herren wissen sehr gut, daß der Arbeiter nicht allein vom Brote lebt, sondern auch vom — Petroleum. Das Petroleum ist sogar billiger geworden. Es ist unbeschreiblich, wie glänzend die Lage der Arbeiter sich gestaltet hat!  
Und die Fleischpreise? Da schweigt des Sängers Heiligkeit. Und die Gemüße? Die sonstigen Lebensmittel? Dieses bedeutungsloses Schweigen.  
Die Wohnungsmieten „mögen“ etwas theurer geworden sein. Sie „mögen“ in der That. Aber nur um den Betrag der Steuererhöhungen. Ueberglückliche Arbeiter in Oesterreich! Anderwärts sind die Wohnungspreise in den Städten seit 1850 um das Doppelte, dreifache und mehr gestiegen — bei Euch bleiben sie stabil. Nur ein kleiner unmerklicher Steuerzuschlag, und sonst wohnt Ihr noch heute so billig, wie vor dreißig Jahren. Ihr würdigt doch Euer Glück, hoffen wir.  
Und der Klub geht wissenschaftlich vor, er läßt sich nicht mit Allgemeintheiten abgeben, er geht in die Details ein. An einer bestimmten Fabrik können wir den Fortschritt am besten beobachten. Die 106,6 Prozent Lohnsteigerung bei Johann Liebig und Co., die lassen sich durch nichts umstoßen.  
Durch nichts. Wir sind entzückt, zu hören, daß eine Arbeiterin in der Schafwollweberei es heutzutage, im Jahre des Heils, im Zeitlohn bis auf 60 Kr. pro Tag, also 3 Gulden = 5 Mark, im Rufford auf 8 Mark pro Woche bringen kann. Mehr zu verlangen ist nicht möglich.  
Warum spricht aber, diese Zwischenfrage ist uns vielleicht erlaubt, der Bericht gar nicht von den Löhnen der Arbeiter? Sollte es ihnen so glänzend gehen, daß die Jeder sich träubt, es niederzuschreiben? Oder sollen sie im Verlaufe der dreißig Jahre — ausgefordert sein? Bistelleicht gibt uns ein Reichsberger Genosse gelegentlich darüber Auskunft.  
Natürlich ist das nur eine ganz oberflächliche Frage. Der „Klub der Industriellen“, der ausgegangen ist, um das Arbeiterelend zu suchen und nur Arbeiterglück fand, kann mit Stolz sagen: „So ist in jener Erhöhung der Löhne eine soziale Thatfache von größter Bedeutung sicher gestellt“; das eherner Lohngesetz ist Schwindel, es gibt keine soziale Frage!  
So ein Bischofen Statistil macht sich ganz wunderschön. Man kann Alles damit beweisen. Man muß die Sachen nur richtig zu beleuchten wissen, dann kann man selbst dem Behauptenden beweisen, daß er Nahrungsmangel nur vom Hörensagen kenne. Es ist unglaublich, was

geübte Statistiker alles zu Wege bringen. Der Engländer Siffen hat z. B. wie Herr Berg mit Bewunderung mittheilt, schon im vorigen Jahre in gleicher Weise den Nachweis geliefert, daß in den letzten 80 Jahren die Löhne der Spinner und Weber in England von 15 auf 28 1/2 Schilling gestiegen sind u. s. w. — er hat und leider nicht gesagt, wo die Arbeiter sind, die solche Löhne haben. Der österreichische Versuch aber hat auf Herrn A. Berg einen so bestechenden Eindruck gemacht, daß er am Schluss seines Artikels begeistert ausruft:

„In der That will es scheinen, als ob solche Untersuchungen über den Gang der Löhne zur Klärung der sozialen Fragen von Wert sind. Eine auf Deutschland bezügliche Darstellung, zu welcher ja schon manche verdienstliche Vorarbeiten vorliegen, würde gewiß ein interessantes Bild liefern, und schon die Thatsache, daß die an das deutsche Reich angrenzenden österreichischen Kronlande Oberösterreich und Steirien die bedeutendste Lohnsteigerung zeigen, legt die Vermuthung nahe, daß eine ähnliche Untersuchung für das deutsche Reich schwerlich zu anderen Ergebnissen führen wird, als sie jetzt für Oesterreich vom „Industriellen-Club“ nachgewiesen wurden.“

Selbsterklärend. Man überlege z. B. die Sache dem „Zentralverein deutscher Industrieller“, der wird die deutsche Arbeiterklasse schon besorgen. Einweilen freuen wir uns aber der österreichischen, die dieselbe einerseits gezeigt, wie glänzend es der Arbeiterklasse heute geht, so ist sie andererseits ein neuer Beweis dafür, daß die armen Kapitalisten bereits vollständig auf dem Hund sind.

## Die Theorie des Klassenkampfes.

Vortrag von Paul Lafargue.)

1.

Der Mensch lebt in zwei Welten: der kosmischen oder natürlichen und der ökonomischen oder künstlichen, durch ihn selbst geschaffenen Welt. Wirkung und Gegenwirkung dieser beiden aufeinander sind für die Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft bestimmend.

So lange der Mensch nur ein organisirtes Wesen bleibt, das sich von den übrigen Thieren in einigen wenigen Eigenschaften und Gewohnheiten unterscheidet, kann man ihn als das direkte Produkt der in der Natur wirkenden Kräfte betrachten.

Der vorgeschichtliche Mensch, der Mensch der Steinzeit, wie ihn ähnlich die noch vorhandenen wilden Völkerstämme in Australien, Amerika und Afrika zeigen, unterlag nur dem Einfluß der natürlichen Welt. Er lebte in der That nur in der Natur; er ging nackt; in kalten Klimaten hing er sich bisweilen ein Thierfell um, das er je nach der Richtung des Windes bald nach hinten, bald nach vorn schob; den Gebrauch der Metalle kannte er nicht, kaum etwas von dem des Feuers, mit Hilfe von Baumzweigen baute er sich einen Juhlort, gerade wie der Chimpanse; er benutzte statt aller Werkzeuge und Waffen wie gewisse Affen Steine und Stöcke; er hatte auch keine Topfwaren fabricirt, die er an's Feuer stellen konnte; die Sprache, die er ausgebildet, war so unvollkommen, daß sie ebensowenig das Zeitwort „sein“, als abstrakte Worte, wie „Baum, Farbe, Wärme u.“ besaß; die geistige Entwicklung, bis zu der er es gebracht hatte, war so gering, daß er nicht weiter als bis drei oder vier zu zählen verstand.

Um die Bildung der verschiedenen Menschenrassen dieser primitiven Epochen zu erklären, muß der Naturforscher in der gleichen Weise, wie er hinsichtlich der Bildung der anderen Thierarten thut, seine Zuflucht nehmen zur Wirkung der Naturkräfte. Die Lebenskonkurrenz, der Kampf um's Dasein, wie er bei den Thieren stattfindet, war das Gesetz der Menschen. Wollten sie eine Beute verfolgen und ergreifen, beim Wettbewerb um Weibchen, bedienten sie sich der Elastizität und der Kraft ihrer Arme und Beine; ihre Feinde zerrißten sie mit ihren Zähnen und Klauen und schlugen sie mit Steinen oder Stöcken. Der Stärkste, Geschickteste und Begabteste war der Sieger.

Alein diese „thierische“ Lebenskonkurrenz verändert sich und nimmt schon zu den vorgeschichtlichen Zeiten einen anderen Charakter an; sobald die Menschen die Kunst der Bearbeitung der Metalle entdeckt hatten, mit Beginn des Bronzealters, schlagen sie sich nicht mehr bloß mit ihren natürlichen Waffen; sie bekämpfen bereits künstliche, und der Sieger im Kampfe war nicht immer der Stärkste, sondern der Bestbewaffnete. Daher sieht es eine Anzahl Anthropologen fast als gewiß an, daß die Menschen der Steinzeit, die Europa bewohnten, ausgerottet und ersetzt worden sind durch eine andere Menschenrasse, die von Osten her kam und mit dem Gebrauch der Bronze bekannt war. Zur Unterstützung ihrer Ansicht führen sie an, daß die Bronze-Schwerter überall, wo man sie antrifft, in Irland, Schottland, Norwegen, Deutschland u. s. w. nicht bloß von derselben Rasse, sondern gleichförmig sind; man könnte glauben, sie seien von ein und demselben Kessel gegossen. Sie unterliegen sich von einander nur durch die eingetragenen Verzerrungen; die Bronze-Schwerter von Dänemark sind mit Spiralen, die mehr im Süden gefunden mit Linien und Kreisen geziert. Ihr Griff ist klein, was darauf hinzuweisen scheint, daß die Menschen, die sie handhabten und die die Menschen der Steinzeit besaßen, kleine Hände hatten.

Was sich in der vorgeschichtlichen Zeit abspielte, wiederholt sich in der Gegenwart. Sobald ein Stanley, ein de Brazza, oder irgend ein anderer stolischer Dieb mit einem Regimentschef des Congo Krieg anfängt, fällt der Sieg nicht etwa dem Kräftigsten, Gewandtesten und Rüstigsten zu, sondern dem Revolver und dem Pulver.

Ganz das nämliche beobachten wir auf den Schlachtfeldern der Industrie. Als die Handwerker mit den Weibern der Großindustrie um den Markt kämpften, eroberte nicht der Energichste, der Fleißigste und Geschickteste das Terrain, sondern der mechanische Weibstul und die Triebkraft des Dampfes. In der menschlichen Gesellschaft spielen sich also die Dinge anders ab als bei den Thieren; dem Menschen wird der Sieg nicht bloß durch seine natürlichen Eigenschaften verbürgt, sondern vor Allem auch durch seine Arbeitswerkzeuge und Waffen. Man kann sagen, der wahre Kampf um's Dasein und die Beroollkommnung findet nicht statt zwischen den Menschen, sondern zwischen ihren künstlichen Organen. Dieser Systemkampf der Waffen und Instrumente, welcher denselben Charakter zur Schau trägt, wie der Kampf um's Dasein der Pflanzen und Thiere, ist die Ursache der außerordentlichen Entwicklung gewesen der Werkzeuge der Industrie und des Krieges.

Wenn zwei Unternehmer, mit gleich guten Werkzeugen versehen, darum kämpfen, wer den Anderen vom Markt verjagen wird, so schlagen sie sich auf dem Rücken ihrer Arbeiter; um die Botte fürgen sie den Arbeitslohn und verlängern sie den Arbeitstag; erziehen sie die Männer durch die Frauen und Kinder, den gelehrten Arbeiter durch den Handlanger. Wenn dieser zwischen den Unternehmern geführte Kampf um's Dasein die beiden Konkurrenten weder physisch noch geistig überderrt, so ist sein Resultat für die Arbeiterklasse die physische und moralische Entartung derselben.

Der Kampf um's Dasein bei den Menschen, welche bereits die Stufe der Thierheit hinter sich haben, bietet also nicht dieselben Merkmale und führt auch nicht die gleichen Resultate herbei, wie bei den Pflanzen und Thieren; insofern dessen muß man, wenn man sich über den Gang der menschlichen Entwicklung klar werden will, die künstlichen Gesellschaftszustände, welche die Menschen durchgemacht haben, und ihre Wirkungen und Gegenwirkungen auf den Menschen und die menschliche Gesellschaft analysiren.

Die beiden Welten, inmitten deren der Mensch lebt, die natürliche und die künstliche, sind nicht unveränderlich und beiden sich nicht fortwährend gleich; sie sind vielmehr fortgesetzten Veränderungen unterworfen.

Die Geschichte der Bildung der Erde zeigt uns, daß die natürlichen Zustände sich fortwährend entwickelten; auf diese kosmische Entwicklung gründete Geoffroy Saint-Hilaire seine Theorie über die Bildung der Arten. Die Verwandlung der Reptilien in Vögel führte er z. B. auf die chemischen Veränderungen der Atmosphäre zurück, welche dadurch, daß sie reicher an Sauerstoff wurde, die Existenzbedingungen für die warmblütigen Thiere schaffte.

Indes die natürliche Welt entwickelte sich nur langsam, es bedarf immer Jahrtausende, ehe es zu Veränderungen von irgendwelcher Bedeutung

kommt; aus diesem Grunde erscheinen uns die Thier- und Pflanzenarten unveränderlich, weil die Bedingungen, denen sie ihre Entstehung verdanken, sich nur unmerklich verändert haben. Hingegen die künstliche Welt entwickelt sich überaus schnell, und deswegen zeigt die Geschichte des Menschen, verglichen mit der der Thiere, einen so häufig abwechselnden und sich verändernden Verlauf. Weil die künstlichen Zustände, unter denen sich die Menschen entwickeln, verschieden sind, darum bestehen so große Unterschiede zwischen den verschiedenen Menschenrassen; zwischen der Intelligenz eines Parisers und der eines Feuerländers ist ein größerer Unterschied als zwischen der Intelligenz der verschiedenen Hunde- und Affenrassen.

Der Mensch ist nicht das einzige Thier, das sich künstliche Zustände in der Natur geschaffen hat; gewisse Arten von Thieren (die Biber, die Bienen, die Ameisen u. s. m.) haben das Gleiche zumwege gebracht und wurden dadurch in den Stand gesetzt, einen Grad der Entwicklung zu erreichen, den die anderen Arten nicht kennen.

Der berühmte römische Arzt Celsus schrieb vor 1800 Jahren:

„Wenn die Menschen behaupten, sich von den Thieren dadurch zu unterscheiden, daß sie Städte bewohnen, Gesetze machen und Regierungen einsetzen, so täuschen sie sich gewaltig; die Ameisen und die Bienen machen es ebenso, sie haben ihre Könige, die sie beschützen und denen sie dienen, sie haben ihre Kriege, ihre Siege, ihre Riederneuerung von Befestigen; sie haben Städte und Fortsätze, regelmäßige Arbeitsstunden... sie verjagen und züchtigen die Insekten... Wenn Jemand vom Himmel herab auf die Erde blicken könnte, welchen Unterschied fände er zwischen den Werken der Menschen und denen der Bienen und Ameisen?“

So Celsus, und seit ihm haben zahlreiche und fleißige Beobachter die Sitten dieser kleinen Thiere studirt.

Die Ameisenmeister bilden eines von den Naturwundern. „Der für sie charakteristische Zug“, sagt Forel, „ist das Fehlen eines unänderlichen, jeder Art zukommenden Modells, das wir z. B. bei den Wespen und Bienen finden. Die Ameisen verstehen sich auf die Kunst, ihre Konstruktionen den Umständen anzupassen und aus den zufälligen Eigenschaften des Terrains Vortheil zu ziehen.“ Sie bauen Ravenn, richten Pfeiler auf, legen Balken und setzen Stodwerke auf (man hat Ameisenbau gesehen, welche deren bis vierzig hatten). Die Nester der weißen Ameisen (Termiten), die man am Senegal überaus häufig findet, erheben sich drei bis sechs Meter über den Boden und sind so dauerhaft konstruirt, daß sie einem Menschen, ja selbst einem Büffel aushalten können; sie stehen mit der Außenwelt in Verbindung durch unterirdische Gänge von einer Breite von dreißig Centimetern. Was sind die Monumentalbauten der Menschen im Verhältnis zu denen dieser kleinen Insekten! Wenn wir die Höhe und Ausdehnung jener Bauten vergleichen mit der Statur ihrer Urheber, so erscheinen uns die Leistungen der Menschen lächerlich. Eine im nämlichen Raumbau erbaute Pyramide müßte eine Höhe von 1000 Metern erreichen. Die höchste von den Menschen erbaute Pyramide, die des Cheops, hat aber nur eine Höhe von 140 Metern; die Thurmspitze des Straßburger Münsters eine solche von 143 und der Thurm Saint-Jacques von 58 Metern!

Die Ameisenbau besitzen Magazine, in denen die von der Kolonie eingekauften Getreidekörner aufgespeichert werden; von diesen Körnern entfernen die Ameisen die Hülsen, welche sie dann fortwerfen. Durch ein geheimnißvolles, bisher nicht aufgeklärtes Verfahren wissen sie das Keimen der Körner zu verhindern, und wenn dasselbe zufällig doch vor sich geht, vollkommen zum Stillstand zu bringen. In kalten Kellern schieben sie feingehackte Blätter auf, welche ihnen mikroskopische Bettstellen liefern, nach denen sie sehr lustig sind. Man hat sogar behauptet, eine bestimmte Art Ameisen in Texas wäre aderbautreibend und verstände die Kunst, die Erde zu bearbeiten und zu besäen; diese Thatsache ist aber noch nicht wissenschaftlich festgestellt.

„Der hätte die Ameisen für ein Hirtenvolk gehalten!“ sagt Dubert; sie sind es in der That; sie haben Herden von Blattläusen, welche ihnen eine zuckerartige Absonderung geben, und ein Ameisenhaufen ist um so besser konstruirt, je größer die Anzahl seiner Hübe ist. Sie erbauen auf Baumstängeln Ställe, wo sie ihre Läuse einschließen; sie bewahren andere unter der Erde und setzen sie auf Wurzel fest; wenn sie das Nest wechseln, so transportiren sie dieselben mit; in Herbst sammeln sie die Eier, hüten dieselben und brüten sie aus. Andulon hat Ameisen beobachtet, welche Läuse als Lastthiere anwendeten; sie ließen sie zwischen zwei Reihen von Wächtern zerhackten Blättern tragen und schloßen sie, nachdem ihre Arbeit einmal geendet, in den Ameisenbau ein.

Die Arbeitsteilung, welche in den ersten menschlichen Gesellschaften nur schüchtern auftritt, ist bei den Ameisen detart ausgebildet, daß so bedeutende Unterschiede zwischen den Mitgliedern des nämlichen Haufens entstanden sind, daß man meinen sollte, es mit verschiedenen Arten zu thun zu haben. Die Arbeit der Fortpflanzung ist einigen Männchen und einem Weibchen anvertraut, das die Menschen, die bei den Thieren ihre soziale Organisation wiederfinden wollten, Königin nennen, das aber keines der königlichen Attribute besitzt. So wird gepflegt, ernährt, wird aber stets beaufsichtigt und oft eingesperrt von den anderen, geschlechtslosen Ameisen, welche die große Masse der Kolonie ausmachen und in Krieger und Arbeiter eingetheilt sind.

## Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 11. Juni 1884.

— Mit dem möglichsten Aufwande von militärischem Pomp, als gälte es die Einweihung einer Kaiserin, wurde am 9. Juni in Berlin der Grundstein zum neuen Reichstagsgebäude gelegt. Fürsten, Generale, Pfaffen, das ganze höhere Bediententhum war aufgeboden, dem erhebenden Feste die rechte Weize zu geben, ja mit nicht genug anguernehmender Verablassung hatte man sogar — man denke! — auch den Abgeordneten gestattet, als Stiaffage zu dienen. Um aber den wahren Charakter des neuen preussischen Reichstages, von dessen Herrlichkeit der Reichstagsbau Kunde geben soll, keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wurde der Aktus mit allem mittelalterlichem Humbug, auch Symbolik genannt, begangen. Der bayerische Bundesstags — pardon! Bundesrats — Bevollmächtigte übergab dem halb stumpfsinnig dreinschauenden Kaiser Kette und Wörtel zum symbolischen Bormauern des Grundsteins — was bedeuten sollte, daß die deutschen Fürsten sich als die allerunterthänigsten Handlanger der preussischen Spitze betrachten; Herr v. Lepow, der Landwehrmajor und nebenbei Reichstagspräsident ist, apporrierte dem Kaiser den Hammer zum Drausschlagen — eine nicht minder verständliche, symbolische Handlung. Dann ging das symbolische Hämmern los, und das herumstehende neugierige „Voll“ durfte die Rationalhymne: „Heil Dir im Siegerfranz!“ ableiern. Das that es denn auch mit patriotischer Begeisterung, denn es froh entsehlte. Von dem berühmten Kaiserwetter keine Spur.

Sehr hübsch ist die von Bismarck verlesene allerhöchste Urkunde über die Grundsteinlegung zu dem Reichstagsgebäude, dessen Sitzungssaal, ebenfalls sehr hübsch, schon für die jegige Zahl der Reichstagsabgeordneten nicht genügend Platz hat.

Da gelobt „Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser“ u. s. w., daß seine und seiner Nachkommen gemeinsame Arbeit mit dem Reichstags „unverbrüchlich der Ordnung, der Freiheit, der Gerechtigkeit... genöthigt sei.“ Der Freiheit, der Gerechtigkeit! Raum 4 Wochen nach Verlängerung des jedem Begriff von Freiheit und Gerechtigkeit in's Gesicht schlagenden Ausnahmegesetzes! Dieses Gesetz gehört in den Grundstein des Reichstagsgebäudes, es ist die treffendste Illustration der Herrlichkeit des neuen deutschen Reichs, dieser Rüderversicherungsgesellschaft der zwei Duzend deutscher Landesöfter für Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und sonstigen Privilegien gegen alle nur an die Demokratie streifenden Bestrebungen.

— Unsere Partei ist wieder einmal „gespalten“ und der Auflösung nahe. Nämlich wenn unsere Feinde Recht haben. Diesmal ist es die „Affaire Rittinghausen“, welche den Anlaß gegeben hat und zum Keil geworden ist, der unsere Organisation nächstens zer Sprengen muß.

Da lesen wir in den gemäßigten Blättern, die beiden Abgeordneten unserer Partei, welche den Genossen im Solinger Wahlkreis den bekannten Fraktionsbeschlus mitzuthellen und zu erklären hatten, seien auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen und hätten den Wählern des Kreises die Versicherung geben müssen, daß die Partei dem Herrn Rittinghausen, der in seinem jegigen Wahlkreis, trotz des Fraktionsbeschlusses,

wieder aufgestellt werde, keinen Gegenkandidaten entgegenstellen würde. Die Sozialorganisation sei in offenem Zwiespalt mit der Zentralorganisation. Die Partei sei im Zwiespalt mit der Fraktion. Und endlich die Fraktion sei im Zwiespalt mit sich selber, denn die Abgeordneten Kayser und Grillenberger hätten gleich Rittinghausen sich geweigert, den amerikanischen Aufruf zu unterzeichnen. Kurz, Zwiespalt überall.

„Dieser bemerkenswerthe Zwiespalt könnte leicht zu anderen Erscheinungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei den Anstoß geben.“

So orakeln die gemäßigten Blätter, welche das Gras wachsen und die Fische husten hören.

Rau, unsere Genossen wissen, ohne daß wir es ihnen zu sagen brauchen, daß das Alles Phantasiegebilde und Tendenzlygen sind. Sie wissen daß der Beschlus gegen Rittinghausen von der Fraktion einstimmig gefaßt worden ist. Und sie wissen, daß die Abgeordneten Kayser und Grillenberger den Aufruf an die Genossen in Amerika unterzeichnet haben.“

An den betreffenden Mittheilungen der gemäßigten Blätter ist nur soviel wahr, daß es im Solinger Wahlkreis einige Personen gibt, denen es lieber gewesen wäre, wenn die Fraktion sich um die — Eigenheiten Rittinghausen's nicht bekümmert hätte. Alles darüber hinaus ist erdichtet und erlogen.

In der nächsten Nummer werden wir über die Mission der Fraktions-Delegirten authentische Nachrichten bringen. Für heute bloß soviel: an eine Auslieferung gegen den Fraktionsbeschlus denkt im ganzen Solinger Wahlkreis, soviel und bekannt ist, kein einziger Mensch. Und sollte wider Erwarten Jemand den Fraktionsbeschlus zu durchkreuzen versuchen, so würde es diesem Jemand sehr bald klar gemacht werden, daß, wer der Parteidisziplin zuwiderhandelt, auch aus der Partei ausgeschieden muß. In Bezug auf Bezug auf diesen Punkt herrscht vollständige Uebereinstimmung in der Partei.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Rittinghausen selbst, seiner freiwillig abgegebenen Versicherung gemäß, sich jedem Versuch, ihn gegen die Partei auszuspielen, mit allem Nachdruck widersetzen würde.

Nachschrift. Es ist in gemäßigten Blättern auch davon die Rede, die „Parteilosigkeit“ habe Bierck die Gegenkandidatur angeboten, dieser habe jedoch abgelehnt. Von A bis J erjunden. Welchen Blödsinn man wohl noch aufstipfen wird?

— In Wien hat am 9. und 10. Juni der Prozeß gegen Herrmann Stellmacher stattgefunden und mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 10 Jahre seinen vorläufigen Abschluß genommen.

Die Anklage richtet sich auf:

1) „Das Verbrechen des theils vollbrachten, theils versuchten Raubmordes, begangen am 10. Januar Abends in der Eisernen Wochenscheube. Diesem Attentate fielen Heinrich Eisert und seine beiden Söhne zum Opfer, die Sprachlehrerin Karoline Berger wurde dabei schwer verletzt. Geraubt wurden an Baargeld 3500 Gulden, Wertpapiere für 4000 Gulden“; 2) „das Verbrechen des gemeinen Mordes, begangen am 25. Januar Morgens an dem Detektive Ferdinand Blöck“; 3) „das Verbrechen des versuchten gemeinen Mordes, begangen an dem Arbeiter Albert Meloun bei der Verfolgung nach der Ermordung des Blöck“; 4) „Diebstahl, ausgeführt an dem ermordeten Blöck“ und 5) „Uebertretung der Falschmeldung, da er sich in Wien fälschlich als Anton Krall gemeldet hatte.“

In der Anklageschrift, die im Uebrigen nur Bekanntes wiederholt heißt es u. A.:

„Ungeachtet seines an Fanatismus grenzenden Wessens hat sich aber Stellmacher, als er mit dem Herausgeber der „Freiheit“ wegen einer Forderung ein Zerwürfniß hatte, in Briefen sowohl beim österreichischen Gesandten in der Schweiz als auch bei Polizeiorganen in Rülhaußen angeboten, gegen gute Entlohnung Confidentendienste zu leisten und an seiner Partei zum Verräther zu werden.“

In der Verhandlung äußerte sich Stellmacher über diesen Schritt dahin, er habe dadurch, daß er mit der Polizei sich in Verbindung setzte, seiner Partei einen Dienst erweisen wollen.

Es liegt für uns kein Grund vor, ihm das nicht zu glauben. Die Sache muß sich, wie aus der Anspielung auf „das Zerwürfniß Stellmacher's mit seiner Partei“ hervorgeht, nur kurze Zeit später abgespielt haben, als der Sprich Schmidt in Zürich entlarvt wurde, was auch die Sprödigkeit der Polizeioorgane in Rülhaußen, d. h. unseres lieben Freundes des Kaltensbach, erklärt. Also wir nehmen an, Stellmacher habe aus an und für sich ehrenhaften Motiven mit der Polizei in Verbindung zu treten gesucht. Einem „echten Revolutionär“ muß jedes Mittel recht sein, also auch das, scheinbar den Polizeigenossen zu spielen. Worum soll man nun aber den wirklichen Polizeigenossen von dem scheinbaren unterscheiden, woraus ersehen, wann aus einem scheinbaren Agenten — was auch schon vorgekommen — im Lauf der Zeit ein wirklicher wird? Kaltensbach mag das Gefühl, der Instanz da auszuweichen können, später eine solche Unterscheidung nicht mehr möglich. Eine Partei, die ihren Mitgliedern, sei es zu welchen Zwecken immer, Beziehungen mit der Polizei anzuknüpfen gestattet, liefert sich selbst der Polizei aus, forumpirt sich selbst, untergräbt selbst die Basis jedes geachtlichen Zusammenwirkens: das gegenseitige Vertrauen. An diese Konsequenz hat Stellmacher natürlich nicht gedacht, ihm war vor wie oft genug vor gepredigt worden, ein echter Revolutionär müsse zu allen Schandtathen bereit sein. Er sah nur die eine Seite der Sache, die ideale, romantische, nicht die reale nächtere Konsequenz.

Eingehender über den Prozeß in nächster Nummer.

— Die Briefe Stellmacher's an Kaltensbach, welche im Prozeß zur Verlesung gelangten, lauten:

a) „Geachteter Herr! Höflichst unterzeichnet ist einer der ersten Vertrauensmänner der sozialrevolutionären Parteirichtung London. Aus Gründen, welche ich Ihnen im nächsten Briefe mittheilen werde, wenn Sie meine Verbindung wünschen, will ich Ihnen gegen Gratifikation mittheilen: 1. wo die „Freiheit“ bis mit 39 hergestellt wurde, wer die selbe herstellte. 2. Wo die „Freiheit“ jetzt hergestellt wird, wer die Herausgeber sind. (Name und Wohnort.) Von wo aus dieselbe vertrieben wird u. s. w. Ich kann mich anheißig machen, jede Sendung des „Sozialdemokraten“, welcher hier in Zürich erscheint, in die Hände der Regierung zu liefern! Wenn Ihnen etwas daran gelegen ist, so ersuche ich Sie, mir recht bald Mittheilung machen zu wollen. Ich werde Ihnen dann einen Raum (Schriftsteller) namhaft machen, der jetzt in Deutschland ist, welcher die Schrift geleitet hat, der über mich und meine Thätigkeit Ihnen genaue Mittheilung machen kann, damit Sie erfahren können, mit wem Sie es zu thun haben, und daß ich auch im Stande bin, Ihnen das mitzuthellen, was ich eben angedeutet, ja noch mehr. In Erwartung baldiger Antwort zeichnet sich,

achtungsvoll grüßend  
D. Stellmacher, cordonnier.“

b) „Geachteter Herr! In Anbetracht dessen, daß Sie durch Schmidt Unannehmlichkeiten gehabt und jedenfalls in mir Einen wählten, welcher

\*) Infolge eines bedauerlichen Druckfehlers fehlt bei dem in Nr. 22 des „Sozialdemokraten“ veröffentlichten Aufruf die Unterschrift Kayser's. Damit nun nicht etwa aus diesem Umstande von „guten Freunden“ falsche Schlüsse gezogen werden, so bemerken wir hiermit ausdrücklich, daß Kayser den betreffenden Aufruf gleichfalls unterzeichnet hat, und daß in den amerikanischen Organen, denen derselbe zugesandt wurde, Kayser's Name auch an richtiger Stelle figurirt.

\*\*) Dieses „Zerwürfniß“ war übrigens keine Zinte, sondern bestand aus Hans Rost, der um dieselbe Zeit aus dem Gefängniß gekommen war, nach Amerika ging, gab er Stellmacher, der während seiner Haft die „Freiheit“ nach bestem Können besorgt hatte, in einem zur Veröffentlichung bestimmten und auch in Chicagoer „Vorboten“ (Nr. 50 1882) erschienenen Briefe an H. Grottkau mit der ihm eigenen Entschlossenheit den obligaten Fußtritt und bezeugte ihn fröhlich als eines arroganten Nichtswissers: „der Mann, welcher die Vermittlung zwischen den Herausgebern und dem Drucker zu besorgen hat, versteht gar nichts, macht sich aber ungemessen viel an“ u. s. w. Wir wußten, daß dieser Mann Stellmacher war, wir wissen auch, daß Rost in Privatbriefen Stellmacher noch in ganz anderer Weise verächtlich hat — man beachte daher, welchen belustigenden Eindruck die jetzigen pathetischen Verherrlichungen eben desselben Stellmacher von dieser Seite auf uns machen mußten.

Sie nochmals zu hintergehen beabsichtigt; ich nehme an, daß Sie von meinen Anerbieten nur deshalb keinen Gebrauch machen; ich kann Ihnen hiermit die Versicherung geben, daß es mir vollständig eracht ist, meine Dienste und Erfahrungen Ihnen vollständig zu unterstellen. Sie werden von mir nicht durch lägenhafte Berichte u. hintergangen werden, wie schon im vorigen Briefe angegeben, wo ich Ihnen mittheile, weshalb ich mich Ihnen zur Verfügung stelle, sobald Sie mir mittheilen, daß sie mich benötigen. Ich glaube kaum, daß Sie überzeugt sind, die „Freiheit“ werde in New-York ebensowenig gedruckt, als dieselbe vor zwei Monaten in Greter gedruckt wurde. Ich habe Ihnen noch etwas mitzuteilen, was Sie gewiß interessieren dürfte, jedoch erlaube ich Sie, falls Sie diesen Punkt benötigen, nicht zu sagen, wer Ihnen dies mittheilt etc.“

Aus dem von uns hervorgehobenen Satz im zweiten Brief geht hervor, daß zwischen diesem und dem ersten ein dritter Brief geschrieben sein muß, in welchem Stellmacher die im ersten Brief versprochene Enthüllung über die Gründe zu seiner Offerte dargelegt hat. Warum hat Kallenbach diesen Brief nicht vorgelegt?

Das Anerbieten, jede Sendung des „Sozialdemokrat“ der Regierung in die Hände zu liefern, steht durchaus nicht im Widerspruch mit dem, was wir an anderer Stelle über die Stellmacher'sche Offerte überhaupt gesagt. Es gehört eben zur anarchistischen Taktik, und ist von Herrn Kallenbach oft genug gepredigt worden: daß vor allen Dingen unsere, die sozialdemokratische Partei geschädigt werden muß. Schon im samoben das künftigen Kataklysmus, den Herr Kallenbach nachbetet, heißt es, daß der konsequente, eingeweihte Revolutionär das Recht hat, jeden nicht ganz konsequenten der Polizei zu verrathen. Nur gehören zu solchem Verrath zwei, nicht nur der Verräther, sondern auch derjenige, der sich verrathen läßt; und Kallenbach hat mit dem Abfangen des „Sozialdemokrat“ so trübe Erfahrungen gemacht, daß es begreiflich ist, weshalb er auf diesen Kader nicht anhielt.

Wer der „Schriftsetzer in Deutschland“ ist, auf den Stellmacher sich beruft, brauchen wir wohl nicht erst zu sagen. Wer der Sache mit nur einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann sich darüber in keinem Zweifel befinden.

Und nun wiederholen wir: welche Verwirrung der Begriffe im Recht und Unrecht, von christlichem Kampf und niederträchtigem Verrath! Wie soll es bei solcher Taktik noch möglich sein, den aufrichtigen Genossen von dem schüchtern Epiglen zu unterscheiden, und wer ist sicher, daß er nicht morgen „im Interesse der Revolution“ oder aus Nachsicht von seinen eigenen Kameraden ans Messer geliefert wird?!

Wir können unsere Pappschneide längst von dieser Seite, und nicht Intoleranz war es, die uns veranlaßte, dafür einzutreten, daß Jeder, der mit diesen Leuten zusammengelassen, aus unserer Organisation heraus muß — sondern der berechtigete Selbsthaltungstrieb, die Nothwendigkeit, uns vor Denunzianten zu schützen.

Rachschrift. Soweit hatten wir diese Notiz geschrieben, als uns die in der „Zürcher Post“ veröffentlichte Erklärung der anarchistischen Gruppe Zürich zu Augen kam, dahingehend: Stellmacher habe die Briefe „mit Billigung der Gruppe geschrieben“, welche dieselbe vorher ein sah.

Obwohl wir über die Glaubwürdigkeit dieser „Gruppe“ längst im Klaren sind, halten wir es für sehr wahrscheinlich, daß dem in der That so ist. Denn die „Gruppe Zürich“ (d. h. die Person, welche später die „Gruppe Zürich“ gründete, denn die „Gruppe Zürich“ existierte damals noch gar nicht) war zu jener Zeit sehr solidarisch mit Stellmacher.

Ja, wir gehen sogar noch weiter und drücken frei die Ueberzeugung aus, daß der erste Brief mit so detaillirter Angabe — es fehlt nur noch der Preisstarke — gar nicht von Stellmacher verfaßt ist, Stellmacher vielmehr nur die vorgegebene Person war. Man vergleiche nur den Stil beider mit der Feder Angeübten unschwer erkennen läßt, verräth der erste einen sehr geübten Briefschreiber; sehr verbindlich, sehr glatt — man sollte meinen, den Brief müsse ein Kaufmann geschrieben haben.

Wenn sich die „Gruppe“ nun damit ausreden will, sie habe „mit Kallenbach so operiren wollen, wie es seinerzeit die „gemäßigten Sozialisten“ gethan“, so müssen sich die „gemäßigten Sozialisten“ diesen Verstand ganz entschieden verweigern. Die „gemäßigten Sozialisten“ haben Kallenbach, der einen ihrer Vertrauensleute fortrumpfen wollte, den verdienten Reinsfall bereitet und werden auch in Zukunft so handeln, aber sich Kallenbach zu Denunziationen anbieten — das ist den „gemäßigten Sozialisten“ zu — rabiat!

Das eitle Staatsmännlein, Karl Blind, konnte die ihm von dem eisernen Reichs- und Kanzler durch Erwählung des Cohen-Attentats gebotene Gelegenheit, Neillame für sich zu machen, nicht unbeachtet vorbeigehen lassen. Entgegen den — allerdings sehr verlogenen — Behauptungen der Fortschrittler, daß dem Kantenärer keine Sympathien aus fortschrittlichen Kreisen bezeugt worden seien, erzählt er der Welt, daß die „That seines unglücklichen Stiefsohnes allerdings seinerzeit vielfach gefeiert worden sei u. s. w. u. s. w. Alles natürlich, um dem Herrn Karl Blind zu feiern und als wichtige Persönlichkeit erscheinen zu lassen, um welche sich ein tüchtiges Stück Weltgeschichte dreht, wo nicht die ganze Weltgeschichte. Es dieser Erklärung des Karl Blind herrscht nun große fortschrittliche Entrüstung, die sich darin äußert, daß der Karl Blind als — Revolutionär demangirt wird.

Ein für allemal sei hier bemerkt, daß das Staatsmännlein Karl Blind mit dem Bismard-Attentat, gar nichts gemein hat, als daß er dessen Mutter in zweiter Ehe heirathete; und daß der Bismard-Attentat nicht Blind, sondern Cohen heißt, und keinen Tropfen Karl Blind'schen Blutes in den Adern hatte.

Der „Revolutionär“ Karl Blind wird beiläufig einer Anzahl unserer Leser aus dem „Herr Bogt“ von Karl Marx bekannt sein. Ein Schöner Bursche wird uns da vorgeführt. Und gar schief hat er sich auch später benommen. Wir wollen bloß daran erinnern, daß er 1870/71 für die Annexion von Elsaß-Lothringen deutsch-patriotisch posterte und vollständig in das Bismard'sche Horn blies.

Kan sieht, es ist eine wahre Berührungspfung des heldenmüthigen Cohen, ihn Blind zu nennen.

Ein Prachtexemplar des genus Fortschrittspflüster ist jüngst in Götting verstorben. Derselbe heißt Anders und war Landesältester (was das bedeuten mag?) in Götting. Er hat sein ganzes, sehr beträchtliches Vermögen für „junge Schlesier im Alter von 14 bis 22 Jahren“ (in Stipendien von je 400 Mark) ausgelegt, „doch nur für solche, die weder Theologie studiren, noch sich dem Militärischen widmen wollen, auch keine Dinneigung zu orthodoxen oder sozialdemokratischen Grundfäden befeunden.“ Sollte das Testament in dieser Form angefochten werden, so soll das Vermögen (650,000 Mark) an die Abgeordneten Richter und Hänel fallen, unter der Bedingung, daß es von diesen zur Förderung fortschrittlicher Parteinteressen verwendet wird.

Kan sehe sich die Bestimmungen etwas genauer an, und man wird finden, daß sie dem Hirn eines wahren Normalfortschrittlers entsprungen. Der Normalfortschrittler von der christlichen Sorte, der zugleich Ruffenpflüster ist, hat einen grimmigen Born auf die Pfaffen (Orthodoxen) und den Militarismus. Er ist freisinnig und freigeistig, bis zum „Radikalismus“ und renommirt sogar mit diesem seinem „Radikalismus“.

So weit so gut. Aber wenn es zur Bethätigung der Freisinnigkeit und Freigeistigkeit kommen soll, dann hapert es — da ist der Normalfortschrittler und Ruffenpflüster nicht zu sprechen. Ja, jeder Versuch der Bethätigung ist ihm verhaßt, und wehe Dem, der den Versuch unternimmt und ernstlich an's Werk geht. Er wird in Ketz und Bann gethan und mit ärgerer Entrüstung heimgesucht, als selbst die Pfaffen und der Militarismus. So erklärt sich der Haß des Normalfortschrittlers und Ruffenpflüsters gegen die Sozialdemokraten, die des unfähbaren Verbrechens schuldig sind, die fortschrittliche Freisinnigkeit und Freigeistigkeit konsequent verwirklichen zu wollen.

Hand in Hand mit dieser charakteristischen Angst vor konsequentem Denken und Handeln geht bei dem Normalfortschrittspflüster eine komische Beschränktheit des räumlichen Gesichtskreises. Nicht

einmal bis zum Begriffe des Vaterlandes kann der Normalfortschrittler sich erheben, geschweige denn dem des Kosmopolitismus, des Weltbürgerthums. Die preussische Fortschrittspartei hat niemals an ein Gesamtdeutschland gedacht, sondern stets nur an ein vergrößertes Preußen — eine Auffassung, die sie mit dem pommerischen Krautjunker Bismard gemein hat; der sächsische Fortschrittler ist grün-weiß in der Wölfe gefärbt und der fanatischste Partikularist, den man sich vorstellen kann; und das Gleiche gilt von den Fortschrittler der übrigen „engeren“ Vaterländer. Unser schleichtlicher Normalfortschrittler und Ruffenpflüster kann sich — vernünftlich weil Preußen, Dank dem „guten Magen“ der Hohenzollern, ihm „zu groß“ geworden ist — nicht einmal zum Begriffe des „engeren“ Vaterlandes aufschwingen, er ist „Schlesier“ und seine fortschrittliche Menschenliebe erstreckt sich nur auf Schlesien.

Doch genug. Wir wollten bloß an einem typischen Exempel zeigen, von was für Stoff diese Fortschrittler sind. Wohlgeachtet, die von der besten Sorte!

Der liebe Bundesrath hat auch in der Frage der Erhöhung der Stempelsteuer die Lobspitze bewahrt, die ihm Bismard so reichlich zu Theil werden läßt. Er läßt, daß es eine wahre Freude ist — und ganz besonders in allen Fragen, wo es gilt, mehr Geld für Reichszwecke zusammenzubringen. In diesem Punkt übertrifft er an Willfährigkeit Bismard gegenüber sogar — und das will gewiß viel sagen — die Rationalliberalen.

Zammernd klagt eine Korrespondenz in den Blättern dieser, noch vor wenigen Tagen so hoffnungsvollen Partei:

„Die Beschlüsse der Bundesratsausschüsse zu dem Vörseuergeheimnisse haben wieder einmal die Hoffnungen derjenigen enttäuscht, die den Bundesrath nicht sowohl als eine Vertretung der Regierungen, sondern als eine Art Oberhaus ansehen. Die Solidarität der Regierungsinteressen hat trotz aller feuertechnischen oder steuerpolitischen Bedenken die Oberhand behalten, und so wird der preussische Regierungsantrag ohne wesentliche Modifikation an den Reichstag gelangen.“

„Ja, ihr Herren, die „Solidarität der Regierungsinteressen“, das ist in der That ein recht fatales Ding. Die Regierungen wissen eben, daß sie zusammenhalten müssen, um ihre Interessen zu wahren, und können gerne vor dem mit Eurer Hilfe allmächtig gewordenen Reichstag, wenn sie dadurch in den Stand gesetzt werden, zu Hause recht ungenirt zu wirtschaften. Daß aber die Regierten ihre Interessen gänzlich verlernen und mit sich ein Handelspiel treiben lassen, daran ist Niemand mehr Schuld als Ihr — die Apostel von der hundemüthigen Reichssteuer.“

„Wegen anarchistischer Agitationen“ ist, nach dem Kabellegramm, wie wir den amerikanischen Blättern entnehmen, die „Süddeutsche Post“ verboten worden. Das ist nicht übel, und erinnert an Herrn von Kimmig, der in der letzten Sozialistengehebelde unfern Genossen Auer einen Anarchisten nannte. Auch in Frankreich steht es die Bourgeoisie, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Sozialisten schlechtmag Anarchisten zu nennen. Kurzum, wie in Rußland der Name Kihilist Jedem angehängt wird, der ein überzeugter Gegner des zarischen Despotismus ist, so wird es im Westen nachgerade Mode, Jemand, der ein überzeugter Gegner der heutigen wirtschaftlichen und politischen Gesellschaftsordnung ist, Anarchist zu nennen. Anarchist wäre demnach etwa dasselbe wie „Reichsfeind“, nur in potenziertem Grade.

Dieses Kampfmittel erscheint auf dem ersten Augenblick sehr geschickt. Unter dem Deckmantel des Anarchismus sind in neuer Zeit Dinge verübt worden, die in weiten Volksschichten allgemeine Entrüstung erregt haben, und diese Entrüstung glaubt man auf diese Art auf die ganze sozialdemokratische Bewegung ablenken zu können. Aber jedes Ding hat seine zwei Seiten.

Eine tiefgehende Volksbewegung — und eine solche ist heute die sozialdemokratische — ist noch und durch solche ihr zu Schimpfworten angehängte Titel zu Grunde gegangen. Im Gegentheil, der Titel heißt bald auf, einen geistigen Charakter zu haben — wegen seiner Allgemeinheit. Man braucht nur an die Bauern (Bettler) in den Niederlanden, an die Sansculottes (Dhnehsen) in Frankreich zu denken. Wenn also unsere Gegner ihre Vergnügen daran finden, uns Anarchisten zu nennen, nur zu. Das Gegentheil von dem, was sie damit bezwecken, büßt das Resultat sein.

„Die Eroberung Preußens durch die Deutschen“ betitelt sich ein jetzt erscheinendes Geschichtsbuch von Albert Ludwig Ewald. Wir dächten, eine Geschichte der Eroberung Deutschlands durch die Preußen wäre zeitgemäßer gewesen. — Abgesehen von dem historischen (wir sagen nicht kulturhistorischen) Interesse würde eine solche Geschichte auch ein hohes physiologisches Interesse haben, insofern sie wesentlich mit einer Naturgeschichte des „guten Magens“ der Hohenzollern zusammenfallen würde, dessen erstaunlicher Verdauungsfrakt neulich vom Heldengreife selbst im Laufe eines Gesprächs mit berechtigtem Stolz der Anerkennung geollt ward. O dieser Hohenzollernmagen! Gleich dem kräftigen Magen der Kirche, auf die er drum auch eifersüchtig ist,

„hat er ganze Länder aufgefressen, und doch nie sich übergeben.“

Wenigstens sagt ist er noch nicht. Ob Alles verdaut wird, was er inne hat, und namentlich ob die Kurpschwitzuren des approbirten Hausarztes Otto verdaun werden, das wollen wir freilich noch abwarten. Qui vivra verra! Wer's erlebt, wird's ja sehen!

Wie der Normalarbeitstag in der Schweiz durchgeführt wird, darüber heißt es in dem neuesten Berichte der schweizerischen Fabrikinspektoren, welcher die Jahre 1882 und 1883 umfaßt, u. A.:

„Die Durchführung des Normalarbeitstages läßt noch immer vielfach zu wünschen übrig, doch nicht in dem Maße, wie man sich oft vorstellt. (?) Allerdings spricht man immer öfter von Uebertretungen, die Blätter berichten darüber, aber in manchen Gegenden betrachte ich dies nicht sowohl als einen Beweis, daß das Gesetz schlechter gehalten werde, sondern daß die Uebertretungen anfangen, aufzufallen, von immer weiteren Kreisen als etwas Unrechtes beanstandet zu werden, daß das Publikum nun seine bisherige Gleichgültigkeit abgelegt hat und sich immer mehr um das Fabrikgesetz kümmert. Die und da ist es auch ein Beweis, daß die Behörden anfangen, ihre Pflicht besser zu erfüllen, und immer öfter Zwischendhandlungen aufdecken. Diese Auffassung theilen auch manche sehr kompetente Beobachter des Volkslebens. Zudem hat sich schon sehr oft herausgestellt, daß Zeitungsnachrichten über Verletzung des Fabrikgesetzes auf Unwahrheit beruhen. Jedenfalls ist eine solche Publikation ohne nähere Mittheilung an die Behörden oder das Inspektorat nicht der richtige Weg (aber oft der einzig mögliche), dem Gesetze besseren Vollzug zu schaffen, aber ebensowenig anonyme Briefe an uns, mit denen wir solche Erfahrungen gemacht haben, daß sie nunmehr unbeachtet in den Papierkorb wandern.“

Die meisten Uebertretungen der gesetzlichen Arbeitszeit wie des Fabrikgesetzes überhaupt kommen noch immer in den Stickerien vor. Zwar geben die meisten Sticksfabrikanten zu, daß ihre Arbeiter nach elf Stunden enger Arbeit eine Verthung vollbracht haben, die billigerweise und ohne Schaden für die Gesundheit kaum größer verlangt werden kann. Aber sie fügen sehr oft hinzu, daß sowohl die inländische Konkurrenz übermäßig lange arbeitender Besten von 1 und 2 Maschinen, als diejenige der Borarberger und Sachsen mit ihrer langen Arbeitszeit und geringen Löhnen eine noch höhere Leistung erforderlich machen, wenn der Fabrikant das bestehen können. Dagegen wenden freilich manche ihrer Kollegen ein, daß auf diese Weise ein Konkurrenzkampf entbrennen würde, der nicht zur Bereicherung des hiesigen Fabrikanten, um so sicherer aber zum physischen und moralischen Verderben des Arbeiters führen dürfte. Diese Ueberzeugung scheint auch bei den einsichtigeren Arbeitern immer öfter durchzubringen.

Wie ungünstig für die Beobachtung des Gesetzes das Ueberhandnehmen der Einzelstickerie wirken muß, ist leicht ersichtlich. Der Arbeiter, der lieber länger arbeiten oder der die Arbeitskraft von Kindern unter 14 Jahren verwerthen möchte, verfährt sich seine eigene Maschine. Der Arbeitgeber schwebt in steter Gefahr, seine thätigsten Arbeiter zu verlieren, wenn er ihre Gesetze nach Uebertretung des Fabrikgesetzes nicht gewähren läßt. Und diese dem Gesetz nicht unterstellten Maschinen sind fast gleich an Zahl mit den andern. Schut- und Gesundheitsbehörden jammern über die traurigen Folgen ihres uneingeschränkten Betriebes,

namentlich für die Kinder. Es ist unbegreiflich, daß gar keine Versuche gemacht werden, durch kantonalen Gesetze wenigstens dem ärgsten Unfug zu steuern. Verordnet doch schon ein St. Gallisches Gesetz von 1853: „Kein Kind darf, bevor es die Entlassung aus der Primarschule erhalten hat, in Fabriken und fabrikmäßigen Etablissements verwendet werden. . . . Kinder unter 15 Jahren dürfen unter keinen Umständen zu nächtlicher Arbeit verwendet werden.“ Heute, nach 30 Jahren, wird amtlich konstatiert, daß Fädelkinder von 8 und 10 Jahren in der Schule schlaftrunken zusammenstinken, weil sie die halbe und hie und da selbst die ganze Nacht schlafen mußten.

„Die Uebertretung der 11 Stunden-Arbeit wird sehr oft dadurch zu bemängeln versucht, daß eine Menge, natürlich nur angeblicher Pausen aufgezehrt werden. Noch sicherer hofft man der Entdeckung zu entgehen, wenn man behauptet, die einen Arbeiter beginnen z. B. schon um 6 Uhr, die anderen um 7 Uhr, die dritten noch später und enden dann auch zu entsprechend verschiedener Zeit. Eine Anzeige der Arbeitsstunden bei der Ortsbehörde findet trotz aller Reklamationen selten statt. Unendlich viel werthvoller wäre, wenn der Stundenplan, wie im Auslande überall, wo gesetzliche Bestimmungen über Arbeitszeit bestehen, im Arbeitslokal angehängt sein müßte. Ich möchte eine solche Vorschrift mit allem Nachdruck empfehlen.“

„Ueber die Häufigkeit der Uebertretungen bestimmte Zahlen beizubringen, ist schwer; sie selbst zu konstatiren, ist für die Inspektoren in den meisten Fällen geradezu unmöglich. Auf die hierzu verpflichteten Beamten ist oft kein Verlaß. Ich kam wiederholt in den Fall, auf die Richtigkeit einzelner Ortsbehörden aufmerksam machen. Trotz dieser Schwierigkeiten sah ich mich in St. Gallen z. B. neun und dreißigmal veranlaßt, Etablissements wegen Uebertretungen der Arbeitszeit spezieller polizeilicher Aufsicht zu empfehlen; ebenso war ich mehrmals zu eigentlichen Klagen genöthigt. In anderen Kantonen kam dies weit seltener vor. Nacht- und Sonntagsarbeit ist bei den meisten Arbeitern so verhaßt, daß selbst dann Beschwerden eingingen, wenn den Prinzipalen dieselbe gestattet worden war; öfters Vorkommen derselben ist mir deshalb unwahrscheinlich.“

Die meisten der hier berichteten Thatsachen sprechen für oder vielmehr gegen sich selbst, keine einzige aber gegen den Normal-, bezw. Maximalarbeitstag. Daß sich viele Arbeiter dazu verleiten lassen, Sticksmaschinen auf Abzahlung anzuschaffen und im eigenen Hause an sich selbst und ihren Kindern Raubwirtschaft schlimmer Art zu betreiben — Lafargue spricht in seinem „Recht auf Faulheit“ in dieser Beziehung ganz zutreffend von einer „wahnsinnigen Arbeitslust“ — beweist nur, daß:

1) der Verdienst in der Fabrik für Familienväter ein zu geringer ist, welchem Uebelstand zunächst durch eine weitere Herabsetzung des Arbeitstages — Erweiterung des „Rechtes auf Faulheit“ — abzuhelfen wäre, und

2) die Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf die sogenannte Hausindustrie eine absolute Nothwendigkeit ist. Wenn das Recht auf Faulheit nichts nützt, so wird eben der Zwang zur Faulheit praktiziert werden müssen. Spießbürgern, welche mit den Vorurtheilen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft noch nicht gebrochen haben, mag dieser Gedanke unangenehmlich erscheinen; daß er keineswegs ist, sondern von den klassenbewußten Arbeitern längst praktisch zu verwirklichen gesucht wird, lehren die vielen Streiks für Herabsetzung der Arbeitszeit, wo derjenige Arbeiter mit Recht als Verräther an der gemeinsamen Sache erklärt wird, der, wenn es sich um den zehntägigen Arbeitstag handelt, es für sein „Recht“ erklärt, elf, zwölf und noch mehr Stunden zu schaffen. Vom Klassenstandpunkt des Proletariats ist das „Recht auf Faulheit“ keineswegs nur ein schlechter Witz, sondern eine in sarkastischer Form ausgedrückte bittere Wahrheit.

„Die Ehre des deutschen Namens im Auslande“ — das ist das Jdol, dem zu Liebe das deutsche Volk fortgesetzt Opfer an Freiheit und Wohlthat im Inlande zu bringen gezwungen wird. Nun, die Begriffe von Ehre sind verschieden, und es fragt sich sehr, ob ein Bürger der kleinen schweizerischen Republik, die doch nur über ein wenig, zum Aggressivkrieg unfähiges Volkstheer gebietet, im Auslande nicht höher geachtet wird als ein Bürger des großen mächtigen Militärstaates Deutschland. Aber in einem Punkte sind die Ehre begriffe heute in der zivilisirten Welt so ziemlich gleich: in der Betrachtung des Diebs- und Räuberhandels. Ein Volk, das in dieser Beziehung seine Ehre nicht wahrt, wird verachtet werden — auch wenn es das mächtigste der Welt ist.

Deshalb richten wir an alle Diejenigen, welche die „Ehre des deutschen Namens“ stets im Munde führen, heute eine kleine Anfrage. Die französische Presse durchläuft folgende Ratz: „Die letzte Nummer des deutschen Buchhändlerbörse-Blattes enthält auf der sechsten Seite folgendes Interat: (32562.) — Paul Reubner in Köln bietet zum Verkauf: Wagner, Dictionnaire artistique: 32 Bände. Prachttausgabe, in seinem Pariser Demi-Chagrin gebunden. Vollständig erhalten. Preis: 350 Mark (437 Franken 50 Cts.) NB. Stammt aus der Bibliothek des Schlosses Saint-Cloud.“

Somit die Annoce, anlässlich deren die französischen Blätter von „Schamlosigkeit der Deutschen“ reden. Und in der That, wenn das Werk aus St. Cloud gestohlen ist, dann haben sie nicht Unrecht. Kan wende uns nicht ein, daß die Franzosen es in Deutschland ebenso gemacht haben würden — das mag sein, es gibt auch in Frankreich Spitzbüben, es beschämigt aber die Sache nicht. Das gestohlene Werk gehört nach St. Cloud; und wenn an der Ehre des deutschen Namens im Auslande liegt, der hat vor Allem dafür zu sorgen, daß ein so schandliches Ausbieten gestohlener Sachen in Deutschland unmöglich wird.

Über ist dasselbe mit Euren Begriffen von nationaler Ehre vereinbar?

Um Antwort wird gebeten!

Der neueste Schwindel heißt „deutsch-sozialistische Partei“, die joben in Berlin „gegründet“ worden ist von den Herren Stöcker, Wagner und Niedermann von Sonnenberg. Der alte Quark neu zusammengerührt, — das soll für die bevorstehenden Reichstagswahlen der Köder zum Arbeiter- und Bauernfang sein. Wer wird darauf anbeißen?

Aus Leipzig, 6. Juni, schreibt man uns: Zunächst eine kleine Auseinandersetzung mit einem gewissen Dr. Friedrich Friedlich, Altkler seines Panzerwerks, Virtuos der Besinnungslosigkeit und folglich wie geschaffen zum Mitglied der „deutsch-freisinnigen Partei“, deren Lokalvorstand an hiesigem Orte er ist. In dieser letzteren Eigenschaft hat der Herr sich bemüht gefunden, gegen meine Mittheilung, daß bezüglich der letzten „deutsch-freisinnigen“ Versammlung in Leipzig (das Wort: letzten in jedem Sinne gebraucht!) eine Vereinbarung mit den Sozialdemokraten stattgefunden habe, im Namen der Deutsch-freisinnigen von Reichs-Rhen ein Dementi zu veröffentlichen. Herr Friedrich Friedlich, der zwar sonst das Pulver nicht ersunden, aber doch bei seinen „schriftstellerischen“ Irrfahrten sich eine gewisse Pflichtigkeit angeeignet hat, sucht sich freilich dadurch ein Hinterpörschen zu öffen, daß er formell nur im Namen des deutsch-freisinnigen Vereins spricht. Allein auch diese Ausflucht kann ich dem deutsch-freisinnigen Herrn Dementirer nicht gestatten.

Als ob der Herr Friedrich Friedlich sagt die Unwahrheit; und wenn er — was doch von einem „Vorstand“ angenommen werden muß — von dem Handeln seiner Partei und seiner Parteigenossen unterrichtet ist, sagt er absichtlich und mit Bewußtsein die Unwahrheit, läßt also. Und was ich Ihnen in jener Korrespondenz schrieb, ist Wort für Wort wahr — auch nicht ein Jota wird abgepörscht. Soviel von und für Dr. Friedrich Friedlich, der, will er nicht als Dignar dastehen, sich nach den Vorgängen in seiner Partei und obendrein Vorgängen in seiner unmittelbaren Nähe erkundigen möge. Für die Anarchie, welche innerhalb der „deutsch-freisinnigen“ Partei herrscht, bin ich ebenso verantwortlich, wie für die Vorgänge auf dem Mond. Da s aber weiß ich, daß ich die „deutsch-freisinnigen“ Partei tausendmal besser kenne, als Dr. Friedrich Friedlich, dessen politische Kenntnisse mit seinen Stil- und sonstigen Sprachkenntnissen auf einer Stufe zu stehen scheinen.

Und nun genug von dem Dr. Friedrich Friedlich und seinem albern verlogenen Dementi.

\*) Kan mißverstehe uns nicht. Wir reden hier nicht von dem konomischen Programm der Fortschrittspartei, welches für den Normalfortschrittspflüster eine terra incognita (unbekanntes Land) ist.

Seit Othen sind die hiesigen Maurer im Streik. Sie verlangen einen höheren Lohnsatz und den zehnjährigen Normalarbeitsvertrag. Gegen die erste Forderung haben die Meister nichts einzuwenden; gegen die zweite sträuben sie sich mit aller Macht, was von ihrem kapitalistischen Standpunkt aus, wie feinerichtig in dem Parteiprogramm nachgewiesen ward, nicht unberechtigt, jedenfalls sehr erklärlich ist. Der Kapitalismus bedingt nun einmal — der Zeitdauer wie der Intensität nach — die größtmögliche Ausbeutung der Arbeitskraft des Arbeiters und speert sich den Teufel um dessen körperliches oder geistiges Wohl — von der „Moral“ gar nicht zu reden. Nur Unwissenheit oder politische Feindschaft kann das leugnen, und unser Bürgermeister Georgi, der in rührender Kavität die Thatsache ignorirte und bei den Herren Meistern einen Vermittlungsversuch riskirte, wurde von ihnen so groß angefahren, daß er von dem kindlichen Glauben an die „Harmonie der Interessen“ zwischen Arbeit und Kapital wohl für sein Lebtag geheilt ist.

Was die edle Herrschaft betrifft, so ist sie natürlich über derartige Annoncierungen von Sentimentalität und Reiztheit erhaben und thut im Vollbewußtsein ihrer Mission als Hauptträgerin der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Alles, was sie thun kann, um den Meistern zum Sieg zu verhelfen. Unser Polizeidirektor schwärmt zwar gleich seinem Vorgänger, dem frommen Kreisshauptmann, für „praktisches Christenthum“, sobald das praktische Christenthum aber zur praktischen Probe kommt, geht es jedesmal schmächtig in die Brüche.

Als die Polizei leidet nach Kräften den Meistern Vorschub. Sie verfolgt die Streikenden in gütigster Weise und verbietet ihnen entweder die Versammlungen von vornherein oder beschränkt die Diskussionsfreiheit derart, daß sie ganz illusorisch ist. Wer nicht Maurer ist, darf überhaupt nicht reden, bedäglich keine „Fremden“, d. h. Nicht-Leipziger — und ähnliche reaktionäre Kräfte. Nichtbedeutender scheint die Sache der Streikenden, die sich großer Sympathien im Publikum erfreuen, recht gut zu stehen.

Die hiesigen Nationalliberalen sind noch immer in Kandidaten-Roth. Der Landtagsabgeordnete Schill hat keine Lust, für den Reichstag zu kandidiren, und da der Mann von Haus aus Konservativer ist, so sind auch manche Nationalliberale mit seiner Kandidatur nicht einverstanden. Um diese Kräfteher zu beruhigen, theilt das „Leipziger Tageblatt“ mit, der konservative Schill sei ja im Landtag der nationalliberalen Partei beigetreten. Und das ist allerdings richtig, beweist jedoch nur, daß zwischen einem Konservativen und einem Nationalliberalen kein wesentlicher Unterschied besteht, und daß ein gewandter Mann Konservativer und Nationalliberaler in einer Person sein kann.

Rum — schließlich wird Schill, in Ermangelung eines Besseren, doch von den Nationalliberalen zum Kandidaten genommen werden, und wir wollen schon dafür sorgen, daß ihm seine Kandidatur keine Freude verursachen wird.

In Leipzig-Land wollen die Vereinigten Ordnungsparteien den streberhaften Bürgermeister Ahnert von Laucha als Kandidat aufstellen. Derselbe ist bekannt durch seine erfolgreiche Denunziation des Leipziger Turnvereins, den er einer strafbaren sozialdemokratischen Demonstration beschuldigte — eine Denunziation, die ihm einen Verleumdungsprozeß und eine empfindliche Bestrafung eintrug. Von den Fähigkeiten des Herrn Ahnert weiß ich bloß zu sagen, daß er das nöthige Maß von Besinnungslosigkeit besitzt.

— Oesterreich. Auf unsere Bemerkung in voriger Nummer: wir glauben nicht, daß die durch die Presse laufende Erklärung österreichischer Sozialisten in Paris von unseren engeren Genossen herrühre, geht uns ein von drei Arbeitern unterzeichnetes Schriftstück zu, worin dieselben in sehr gereizter Form ihr „lebhaftes Bedauern“ ausdrücken über unser „Verhalten gegenüber diesem Manifest“, das von ihnen, bezug ihrer Gruppe ausgeht.

Wir kennen von den Unterzeichnern nur Einen, diesen aber als einen sehr eifrigen, ehrenwerthen Sozialisten, und das genügt uns, unsere Roth dahin zu berichtigen, daß mit dem fraglichen Manifest, das sehr viel Richtiges enthält, unsere engeren Genossen allerdings etwas zu thun haben.

Eigentlich könnten wir damit die Sache erledigt halten, wollen jedoch den Einsendern noch über zwei Punkte Aufklärung geben.

Engere Genossen sind uns alle Diejenigen, die, auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, im Sinne unserer sozialdemokratischen Forderungen kämpfen, und zwar im Rahmen der in jedem Lande zu diesem Behufe organisirten sozialistischen Arbeiterparteien.

Wir können Leute, die außerhalb dieser Organisationen für die gleichen Ziele eintreten, und die unter Umständen ja sehr ehrenwerthe Leute sein können, nicht verwehren, sich gleichfalls Sozialisten zu nennen, aber als Genossen im engeren Sinn gelten sie uns nicht.

Das fragliche Manifest nun ist uns zunächst in einem Blatte zu Gesicht gekommen, das in uns die Vermuthung aufkommen ließ, es rühre von einer Person her, die nicht zu unseren engeren Genossen gehört; in welcher Vermuthung wir durch einige Stellen im Manifest noch bestärkt wurden. Einer solchen Vermuthung Ausdruck zu geben — und wir thaten es in der denkbar mildesten Form — ist unser publizistisches Recht, in diesem Fall erschien es uns sogar als unsere Pflicht.

Nach diesen Erklärungen glauben wir auf den sonstigen Inhalt der Zuschrift nicht eingehen zu sollen. Die in derselben enthaltenen — lebenswichtigen — wollen wir der schwierigen Situation unserer österreichischen Genossen zu Gute halten.

— In Ungarn wüthet der Wahlkampf. Die Berichte aus den einzelnen Wahlkreisen lauten wie Schlagberichte. Vier läßt der Regierungsliberal (blau-liberal) seinen radikalen oder konservativen Gegner nebst Gefolge durchprügeln, mit Steinen werfen, da greifen Radikale, dort Konservative zu gleichschlagen den Argumenten. Keine der kämpfenden Parteien macht ein Ausnahme. Prügelei und Kauferei sind an der Tagesordnung und fordern ihre Opfer an Menschenleben. Wenn man die Berichte aus dem Klausenburger Komitate liest, so sollte man meinen, es handle sich um einen veritablen Bürgerkrieg.

Katholisch aber handelt es sich fast überall um die niedrigsten persönlichen Interessen. Nicht Prinzip gegen Prinzip, nicht Klassenkampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückten steht in Frage, sondern Kirchthürmcheninteressen, Ackerfragen und dergleichen. Es ist ein Kampf, der nichts Erhebendes an sich hat, sondern nur niederdrückend wirken kann.

Um ihn aber richtig zu beurtheilen, muß man Eines festhalten. Es ist ein Kampf zwischen Privilegirten. Ungarn hat weder das allgemeine, noch das geheime Wahlrecht. Es sind die bestehenden Klassen, welche diese Schemen aufwachen und so den Beweis liefern, in wie weit sie das Recht haben, sich, wie es heute allgemein geschieht, die gebildeten Klassen zu nennen. Der großen Volksmasse verweigert man in Ungarn das Wahlrecht unter dem Vorwande, sie sei politisch zu unweis — könnte sie einen schlimmeren Gebrauch von demselben machen, als es jetzt die „Gebildeten“ thun? Mit nichten! Das Zensurwahlrecht verbunden mit der öffentlichen Stimgebung ist der Boden, auf dem Stimmenkauf, Korruption, Klientelwesen naturgemäß überwuchern müssen. Je feinerlicher der Gesellschaftskreis, desto geschäftiger, gemeiner, brutaler der Kampf. Das zeigt sich überall, und wer da meint, es sei radikal, diese Seite des Kampfes zu hegen und zu pflegen, der ist, wie die Figur zeigt, ganz gewaltig auf dem Holzwege.

In gewisser Beziehung nimmt auch das sogenannte „niedere“ Volk, Bauern, Tagelöhner, Arbeiter, an dem Wahlkampf Theil, nicht als Stimm, sondern als Schlagobjekt. Politisch rechtlos, lassen sie sich durch Weis- und Geldpreisen zu Standaliberalen anwerben, sie haben keine eigene Partei und folgen daher naturgemäß denen, die ihnen am meisten bieten, hier und da nicht sich auch eine dumpfe Abnung von Klassenbewußtsein in ihre Betätigung an den Kramallen, aber wie jedes verschwommene Gefühl, so ist auch das ihre der Spielball in der Hand gewiegter Demagogen. Gleich dem russischen Volk, hat auch das ungarische die „Herren“, oder gleich diesem läßt es sich von dem einen, dem guten Herrn, gegen den andern auspielen, macht es Judentravalle, wobei nicht die reichen, sondern die armen Juden mißhandelt werden, und dergleichen mehr. Gleich dem russischen ist auch es zur Gewaltthätigkeit, zur Revolte disponirt, aber nur binde Anhänger der Brutalität können in ihm einen Revolutionär im sozialistischen Sinne erblicken — das ist escht und kann es nicht sein, dazu fehlt es ihm an der vielgeschmähten sozialistischen Erkenntnis.

— Frankreich. Unter den französischen Sozialisten macht sich seit einiger Zeit eine Strömung geltend, die, wenn nicht eine völlige Vereinigung oder gar Verschmelzung der verschiedenen Organisationen, so doch mindestens eines Bilegung der Zwistigkeiten, ein Zusammengehen gegen den gemeinsamen Feind: die Bourgeoisie, zum Ziel hat. Seit den jüngsten Kommunalwahlen hat die Bewegung an Stärke gewonnen, und am 4. Juni fand in Belleville eine gemeinsame Versammlung der revolutionären Sozialisten aller Schulen statt, um die Frage der Einigung, bezw. Vereinigung zu diskutieren. Es geht uns über dieselbe ein eingehender Bericht zu, dem wir im Nachstehenden das Wesentlichste entnehmen:

Von den vielen Rednern erwähnen wir Baillant, der unter lebhaftem Beifall erklärte, daß seine Partei, die Blanquistische, nie aufgehört habe für die soziale Revolution zu kämpfen. Ihre Ziele seien dieselben wie die der übrigen revolutionären Sozialisten; theoretische Differenzen ständen einem Handinhandgehen nicht im Wege. Cabert (Parti ouvrier) erklärt, das Komite national werde die Beschlüsse der Versammlung den Gruppen zur Abstimmung überweisen; wie diese beschließen, so werde er handeln; weitere Erklärungen könne er nicht abgeben. Braut (Agglomération parisienne) ist beauftragt, für eine Union sich auszusprechen und schlägt vor, eine Delegirtenkonferenz einzuberufen. Roche (Internation) weist auf die Koalition der Bourgeoispartei unter sich hin, die sich stets produyre, wenn es gilt, die Arbeiter zu unterdrücken; schon das sei Grund genug, auch die Arbeiter zu veranlassen, sich zum gemeinsamen Kampf zu verbinden.

Rouanet fährt in berechneten Worten aus, daß heute aller Grund vorläge, die persönlichen Streitigkeiten fallen zu lassen und die Kräfte zu schonen, um den wahren Feind angreifen zu können. Man schlage nicht vor, die alten Organisationen zu zerstören, sondern nur lokale Vereinigung aller Gruppen bezugs energischer revolutionärer Propaganda und späterer revolutionärer Aktion. Redner überreicht eine dahin gehende Resolution.

Kehlich sprechen sich andere Redner aus, bis der Anarchist Ledoucheur die alte Anarchistenfahne schlägt: weg mit den Wahlen, weil mit den Wahlen; dadurch sind erst die Spaltungen eingetreten; greift zum Dynamit! Großes Gaudium der anwesenden Anarchisten, die indessen den Verlauf der Verhandlungen nicht dauernd zu fördern vermochten. Sie zogen sich zurück, nachdem noch ein zweiter Anarchist die revolutionären Sozialisten mit großen „Enthaltungen“ zu zerschmettern versucht hatte.

Folgende Resolutionen gelangten einstimmig zur Annahme:

1) Die Versammlung fordert die revolutionären Sozialisten der verschiedenen Schulen auf, alle gegenseitigen Angriffe zu unterlassen, um alle ihre Kräfte gegen den gemeinsamen Feind: die Bourgeoisie, zu richten.

2) Sie ladet außerdem die sozialistischen Gruppen der verschiedenen Arrondissements ein, sich zu verständigen bezugs gegenseitiger Ausöhnung und Duldung, und zum Zweck späterer Vereinigung, ohne daß ihre gegenwärtigen Parteiformationen darunter zu leiden haben.

3) Sie drückt den Wunsch aus, daß eine neue Versammlung einberufen werde, um das Werk der Ausöhnung fortzuführen.

H. N."

## Korrespondenzen.

— Aus Baden. (Zur Beamtenkorruption in Baden.) In Nr. 46 des „Sozialdemokrat“ vom vorigen Jahre haben wir einen badischen Beamten im wahren Lichte geschildert. Der Artikel machte großes Aufsehen, denn der Dieb sah fest. Anstatt aber der Sache auf den Grund zu gehen und Untersuchung gegen den scholischen Beamten einzuleiten, mußte das badische Ministerium nichts Gescheitertes zu thun, als gegen die mathematischen Verbreiter der betreffenden Nummer gerichtlich einzuschreiten und Hausdurchsuchungen vorzunehmen.

Indes auch diesmal mußten die Herren, wie schon so oft, mit langen Nasen abziehen und die Angeklagten wegen Mangels hinreichender Verdachtsgründe in thätiglicher Beziehung außer Verfolgung setzen.

Die Ministerien müssen ein fürchtbar schlechtes Gewissen haben oder die vorgebrachten schweren Beschuldigungen gegen ihre Kollegen als erwiesen annehmen, sonst würden sie die Redaktion des „Sozialdemokrat“, die ja nicht in Afrika ist, sondern in Zürich, vor die Aufgabe stellen, die Angriffe zu beweisen.

Schmach über eine Anglerung, die solche Beamte weiter funktionieren läßt!

Wir wollen nun das Leben und Treiben eines anderen Turban-schen Ehrenmannes schildern, nämlich des ehemaligen Heidelberger Dreifachensführers und jetzigen Oberamtmanns: Ludwig Gaddum in Oberkirch und bekannt unter dem Namen: „Hühnerwecker.“ Ich neige denselben hiermit öffentlich des Diebstahls, des Betrugs, der Unterschlagung und Urkundenfälschung an und beweise diese schweren Beschuldigungen, für die jedes andere Menschenkind, das nicht Staatsdiener ist, Justizhaus erhalten würde, attennmäßig:

1) Nach einer vorgenommenen Aktenscheidung befehlt Gaddum mehrere Zehner Aktien für sich jurid. Sie dienen zum Feueranmachen, damit der Herr kein Lamm- oder Kienholz zu diesem Zwecke zu kaufen brauchte. Sogar alte Gemeinderrechnungen wurden hierzu verwendet. Für Bureauholz erhält Gaddum jeden Winter 300—400 M. auszubezahlt; er kauft aber kaum für die Hälfte dieses Geldes Holz, die andere Hälfte steckt er in den Sack und feuerte von dem ihm vom Staate bezahlten Holz auch noch seine Privatwohnung. Die ausgeschiedenen Aktien waren Staatseigentum und der Erds aus demselben sollte an die Amtskasse abgeliefert werden.

Auch für das nicht angekaufte Bureauholz ließ sich Gaddum den Holzwerkerlohn bezahlen. Der ganz von ihm abhängige Tagelöhner Dees, ein armer Mann, stellte die Rechnungen aus und mußte für nicht erhaltenes Geld quittiren.

2) Amtsdienster Draß, ein würdiger Genosse von Gaddum, ein Demagogen erster Sorte, ein Geldwucherer, ein alter Sünder, der längst den Selgen verbannt, ist zugleich Hausknecht des Amtmanns; für Privatarbeiten wies ihm derselbe Gebühren und Ditten aus der Staatskasse zu, die sich jährlich auf mehrere Hundert Mark belaufen. Die vom Amtsdienster monatlich vorgelegten Gebührentettel wurden vom Amtsvorstand niemals als richtig bestätigt.

3) Nach einer in Ritorf vorgenommenen Bürgermeisterwahl, die Vormittags 8 Uhr begannen und um 9 Uhr beendigt war, fuhr Gaddum mit seiner Familie in die benachbarte Stadt Lahr, besuchte dort Bekannte und Kollegen, während seine Frau Einkäufe machte. Nachts um 10 Uhr kehrte er sodann in die Amtsstadt zurück. Auch diese Betrugsgeschichte mußte die Staatskasse bezahlen, welcher das Kostenverzeichnis und der Dittentettel vorgelegt wurde.

4) Ein dem Gaddum untergebener Angestellter, der 20 Dienstjahre hinter sich hatte und Familienvater war, war ihm unheimlich gemorden. Er denunzirte ihn dem Staatsanwalt. Dieser würdige Vertreter des Ordnungsbüchens, ein intimer Freund des Gaddum — Krauß ist sein Name — erhob Anklage; die Sache kam vor das Schwurgericht. Die Geschworenen sahen aber bald ein, daß die Anklage ein Gewebe von Intriguen, Gemeinheit, Bosheit und Verlogenheit bildete und daß hier bei einer eventuellen Verurteilung ein Justizmord begangen würde, weshalb sie die Angeklagten freisprachen. Ungeachtet der Freisprechung und obgleich der Angeklagte in der öffentlichen Sitzung dem Oberamtmann Gaddum und dem Amtmann Sauer, welche als Zeugen vorgeladen waren, auf das Klarste nachwies, daß diese beiden Staatsdiener auf den abgelegten Eid hin die Unwahrheit gesprochen, also wesentlich gelogen hatten, wurde derselbe doch aus dem Staatsdienste entlassen.

Die Wuth der Wiederwärtler über die Freisprechung war groß, und Gaddum beschimpfte in seinem an den Landeskommissar Hedding gerichteten Berichte die Geschworenen auf folgende Weise:

„Leberhaupt machte die Verhandlung aus mich den Eindruck, als seien die Geschworenen nicht bloß außer Stande, sondern auch gar nicht Willens, sich von der Dandlungsweise des Angeklagten ein richtiges Bild zu verschaffen. Die von denselben der Verhandlung geschenkte Aufmerksamkeit war eine höchst geringe, und ich glaube eher Wahnsinn und Willkürigkeit an denselben drüber wahrzunehmen, das sei wegen derartigen Vorgehens am Schluß der Session noch zwei Tage in Freiburg hingehalten wurden.“

So beschimpft ein badischer Beamte die Männer aus dem Volke, weil sie nicht so urtheilen, wie es diesem Herrn gefallen, und weil sie einen unehulbig Angeklagten freisprechen.

In moralischer Beziehung steht Gaddum noch tiefer als Brecht, er ist nicht nur ein großer Betrüger des Volkes, sondern auch, und zwar in widerlicher Weise, der Venus. Dabei ist dieser Kerl feige, kriecherlich nach Oben und groß gegen seine Untergebenen. Nachmittags kommt er selten auf die Kamsel, und wenn er kommt, ist er betrunken. Seine ganze Thätigkeit besteht darin, die vom Personal gemachten Ausfertigungen (Expeditionen) zu unterzeichnen. Ist diese schwere Arbeit gethan, so geht er wieder spazieren oder besucht ein anrüchliches Haus. Sein Bleibung ist der schon wegen Betrugs und Unterschlagung bestrafte Aktuar Viktor Karle, ein in jeder Beziehung vollkommenes Subjekt, sowie der schon einmal wegen Schulden nach Amerika durchgegangene Gerichtsschreiber Becherer. Ein würdiges Trifolium, das wir ein andermal etwas näher unter die Lupe nehmen wollen.

Nur diesmal genug!

Es ist im Lande Baden, dem „bestregierten diesseits des Rheins“, weil gekommen: Diebe gehen straflos aus; den Staat, also das Volk, zu bestehlen, gilt in den oberen Regionen nicht mehr für unmoralisch! Es ist eine wahre Senfgrube von Niederträchtigkeit. Dem bethörten Volke wird Sand in die Augen gestreut.

So treibt es dieses nichtwürdige Beamtengefüdel aller Orten, es betrügt, stiehlt, hurt und belastet das Volk mit immer größeren Steuern, bis das Maß voll ist und der Sturm losbricht.

Pericles.

— Leipzig, 17. Mai. (Ein Musterfabrikant.) Wollen Sie, bitte, die nachstehende Schilderung im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht werden, wenn die Sache durch Ihr Organ bekannt wird, endlich einmal Wandel geschaffen.

Es handelt sich um das Etablissement des Herrn Gustav Morgenstern, in Firma Morgenstern und Kostera, Piano- und Mechanikfabrik in Leipzig, Weststraße. Die Zustände in dieser Fabrik spotten jeder Beschreibung.

Seit längeren Jahren hat sich kein Fabrikinspektor in den Arbeitsräumen blicken lassen, sonst mühte wohl zum Mindesten für Ventilation gesorgt werden. Es ist eine erstickende Luft in allen Sälen, besonders im Winter, da in dieser Zeit die Dampfheizung noch schlechtesten Dampf erzeugt. Die Arbeiter sind zum großen Theil kränzlich, seit 3 Jahren hat mehrere der Schwindsucht erliegen; sobald aber einer krank wird, hat der Werkführer Auftrag, ihn fortzuschicken, denn — sagt Herr Morgenstern — „kranke Arbeiter kann ich nicht brauchen.“

So sah einmal ein älterer tüchtiger Arbeiter an seiner Arbeit, als ihn sein Brustleiden überfiel und er sich dabei gezwungen sah, etwas zu pausiren; kaum sah das der Musterprinzipal, so rief er ihm zu: „Sie sind wohl wieder krank? Sie müssen immer arbeiten, dürfen gar nicht daran denken, daß Sie krank sind!“ Ein andermal sagte er zu demselben Arbeiter: „Sie müssen an eine Säge gehen, denn der Staub von Holze macht die Löhler in Ihrer Lunge zu, in Berlin kurirt man leicht Lungenerkrankte!“

Western, am 16., regnete es, die Witterung ist aber warm, weshalb wir etliche Fenster geöffnet hatten: da kam Morgenstern herein, und anstatt einen „Guten Tag!“ zu bieten, schrie er: „Ihr seid doch wie die Brummochsen; die Fenster zu! Wer die Luft bei geschlossenen Fenstern nicht vertragen kann, mag gehen, die feuchte Luft verträgt meine Arbeit nicht!“

Werther Herr Redakteur, es werden viel Piano-Mechaniken überseht befördert, und trotz der Meeresungefährlichkeit sind dieselben doch gut, wenn sie an Ort und Stelle kommen.

Auf den Treppen ist es ganz dunkel, Fenster sind nicht vorhanden; höchstens fällt Licht auf die Treppe, sobald einer von den Abritten geöffnet wird, wie sich solche auf jeder Zwischentage befinden. Und der Gestank in diesen Abritten, sowie auf den Treppen ist schauerhaft; erst seit kurzer Zeit wird ein wenig desinifizirt, hat aber gar keine Bedeutung. Würde einmal Feuer ausbrechen, so könnten wir da wohl auf den Treppen den Hals brechen.

Der Lohn ist sehr gering, in den letzten 4 Jahren ist wohl ein drittel abgezogen worden. Die Meister sind immerhin noch gut gefinnt. In der Mittagspause müssen Alle ihre Räume verlassen, und wer von den außerhalb Wohnenden sein Mittagbrod mitbringen muß, dem bleibt weiter nichts übrig, als herunterzugehen in's Barterre, „in den Preisfaal“ (besser Schweinefaal), da sind einige Bänke zusammen gestellt, daneben gehen die großen Holzbearbeitungsmaschinen. Tritt man hinein, so wird man ein Staub angewirbelt, welcher nicht geeignet ist, den Appetit zu vermehren, abgesehen von der Ausdünstung der etwa 50 Menschen, welche drin bleiben. Zu Ganzen beschäftigt der Herr etwa 100 Arbeiter.

Ein Arbeiter.

(Entsprechend diesen Zuständen ist die Behandlung der Arbeiter. Der Uebermittler der vorstehenden Korrespondenz fügt derselben hinzu: „Horn- und Brunn-Döfen, Rindvieh und Gei“, das sind die Hauptwörter dieses gebildeten Millionärs. Vor einem halben Jahre schied sich ein Arbeiter in die Hand und verlangte, da er arbeitsunfähig war auf Grund des Haftpflichtgesetzes; der gute Herr ist jedoch in keiner Berücksichtigung, gab aber dem betreffenden Arbeiter mit den Worten: „Ich will Ihnen sechs Mark geben, daß Sie kein zu frühes Leben führen!“ diesen lächerlichen Beitrag — der betreffende Arbeiter erhält nämlich 13 Mark aus der Krankenkasse und sein Lohn beträgt 18 M. pro Woche „ein fröhliches Leben!“

Dem oben angeführten brustkranken Arbeiter begegnete Morgenstern einmal, als dieser frische Luft schöpfen sollte, und sagte: „So gut möglich ist es auch haben!“

Nicht wahr, ein lebenswürdiger Patron? Euch Arbeitern aber rufe ich zu: Legt Eure Furcht ab, Ihr wißt wo Ihr Euch hinwenden könnt, Ihr werdet dort nicht verrathen!

Dieroths Behme.

## Briefkasten

der Expedition: F. W. B. L.: Fr. 5 37 f. Ab. u. Schft. pr. J. A. Co. eth. — J. B. Interlaken: Fr. — 70 Ab. Juni eth. — M. Soyder: Fr. 3 — Ab. 3. Du., M. 3 — pr. Mfd. u. M. 4 — pr. Schft. eth. Sd. folgt. — W. B. Luzern: Fr. 33 20 Ab. 2. Du. u. Schft. eth. Gemeinliche folgt. — John Käger u. Gen. Kafe-Brew: Fr. 35 45 (Doll. 7 —) 1. d. künftige Reichstagswahl ddo. eth. Spezialquitt. demnachst. — St. Paul: M. 1.: Fr. 40 50 (Doll. 8 —) v. rothen Statuff 1. d. Opfer des mit Zug u. Trug verlängerten Ausnahmengesetzes durch G. Hüblich ddo. eth. Altselts Gruß! — Dr. Baum: Fr. 1 35 f. Mdr. eth. — Blinsentiegel: Ruderia: M. 6 — Ab. 2. Du. eth. — B. Lyp. G.: 25 fr. eth. — Romm. A. B. A. London: Fr. 151 20 (Pfd. St. 6 —) à Sto. Schft. pr. Hoffm. eth. — A. M. Lhn.: M. 3 — Ab. 2. Du. eth. — H. A. Schg.: M. 3 — Ab. 2. Du. eth. — A. I. — VI. M. 200 — à Sto. Ab. eth. — J. Schly. J.: Fr. 6 — Ab. pr. 84 eth. — F. Schm. Wdg.: Fr. 8 65 Ab. 2. Du. u. Schft. eth. Bitten an Exped. und nicht an die Redak. Abtheilung sind irrig. — Kfr. Verl.: Fr. 6 — Ab. 1. 2. 3. Du. eth. — G. St. Pfaffenfeld 674: d. fl. 5 — Ab. 1. 2. u. 3. Du. u. Schft. eth. Aben. Sie die „Wahrheit“ Kirchbaumgasse 38 Weidling (Wien) Preis pr. Kexbd. 40 fr. frei im Haus vierteljähr. — Wd. — b-dr.: M. 10 à Sto. Ab. gutgebr. — Geophil: Erwartete werden gekommen sein. M. 3 — f. Schft. eth. Fr. 2 von hier bezuehbar. Sonstiges stimmt. — H. Z. Hg.: (in Zukunft mehr) Fr. 3 — pr. Wbd. ddo. eth. — Von öffen. Baden: beagl. 20 Eth. — Alte Tannen: M. 6 — Ab. 2. Du. eth. — Der alte Koth: Abt. laut Brief v. 7. 6. Schft. beagl. folgt. Diese Gründe sind irrig. — E. W. R. C.: M. 5 40 f. Schft. Sto. B. eth. — A. M. Rio de Janeiro: Fr. 2 56 Ab. 2. Du. eth. — Bruno: M. 100 — à Sto. Ab. 1. u. 2. Du. eth. H. mefr. — W. A. Bern: Fr. 3 30 Ab. 2. Du. u. Schft. eth. Ausg. u. folgt. — Vidge: Fr. 25 — Ab. 2. Du. eth. Bestgl. folgt. Adressiren Sie doch einfach an die Postabtheilung. E. v. S. Hottingen (Zürich). Weiter Richts! — Wlgr. Frauenfeld: Fr. 2 30 f. Hgbl. eth. Fr. 16 30 pr. Wbd. von den horigen Genossen ddo. gutgebracht. — Sindbad v. Seefahrt: M. 150 — à Sto. Ab. k. ddo. eth. Hf. erwartet. — Graf v. Montecuculi: M. 3 — f. Schft. eth. Einfache Briefe hierher kosten 20 Pfg. e. Strassporto kommt jetzt zweimal zu Ihren Kosten.